

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Werktag. Der Abonnementspreis beträgt 6. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 9—15. Dez. 0,70 Goldmark. Einzelverkaufspreis: 15 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion  
          { 923 nur Geschäftsstelle.



# Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 286.

Freitag, 14. Dezember 1923.

30. Jahrgang.

## Die zweijährige Beleuchtung des Senats.

Ein teurer Beleuchtungskörper. / Stoff für den Simplizismus.  
Ein neuer Bundesgenosse des Bürgermeisters.

Der Herr der Heerscharen hat gesprochen. Er selbst — unser Bürgermeister. In einer Versammlung der Vertrauensmänner sämtlicher bürgerlichen Parteien. In einer geschlossenen und streng vertraulichen Versammlung bitte! Am Dienstagabend im Marmoraal.

Was hat er gesprochen? Dreiviertel Stunden über Dr. Leber und eine Viertelstunde über den Volksscheid. Immerhin eine Leistung für den sogenannten starken Mann von Lübeck, des Bürgertums Erzengel Gabriel und letzte und einzige Hoffnung. Fast eine Stunde hat er gebraucht, um das Schreckgespenst seiner schlaflosen Nächte abzuschlachten, um den bitteren Kern seiner fixen Idee auszuschälen.

Ein starker Mann? Bah! Ein starker Mann hat Willen zur Tat und zur Sache! Fixe Ideen aber schüttelt er ab wie Häuse, wie Ungeziefer. Sonst verdunkeln sie seinen Blick, sonst kneten sie ihn noch mit ihren weichen Gespensterfingern und bringen ihn zum Straucheln. Ist es vielleicht nicht ein Zeichen politischer Schwäche und einsehender Verwirrung, wenn der erste Beamte des Lübeckischen Staates dem politischen Gegner vorwirft, daß er nicht in Lübeck, sondern im Elbsaß geboren sei. Und deshalb nicht als vollwertiger Deutscher angesprochen werden könne. Ich habe mein Heimatland immer für ein rein deutsches Land gehalten; wenn Bürgermeister Neumann anderer Meinung ist, so mag er Herrn Poincaré die Hand reichen.

Aber dann verstehe ich nicht, Herr Bürgermeister, was das ganze Theater von 1870 bis 1914 bedeuten sollte. War alles nur ein Vorwand zur riesigen Menschenflüchterelei des Weltkrieges, an dem Ihre alldeutschen Freunde soviel Gefallen fanden?

Mit aufrichtigem Bedauern stellen wir fest, daß Bürgermeister Neumann als Daxai Rama der bürgerlichen Wahlpropaganda auf das Niveau des General-Anzeigers herabgestiegen ist. Wir hätten etwas anderes von ihm erwartet. Lübeck kann auf seinen ersten Beamten nicht sehr stolz sein.

Wir müssen unsere Kampffront etwas ändern. Nicht Bürgermeister Neumann ist der Abg, den der sozialdemokratische Keil zerhacken soll, sondern die beinahe lagenhaft grotesten Dummheit und Urteilslosigkeit weiter bürgerlicher und politisch gleichgültiger Kreise.

Und gerade diese Dummheit ist es, worauf die bürgerliche Wahlpropaganda ihre windschiefen Kartenhäuser aufbaut. Wer Dumme fangen will, verjängt sich sehr bald in der eigenen Dummheit. Und wie der Fisch im Eisen haben sich Senat und Bürgertum jetzt schon festgeklemmt.

In der genannten „geschlossenen und streng vertraulichen“ Versammlung wurde ein Flugblatt an die Vertrauensmänner ausgeteilt. Als Material! Selbstverständlich auch streng vertraulich und geheim!

Dieses Flugblatt ist ein Musterbeispiel jehuitischer Verdrehungskunst; wobei allerdings alle Naselang der Wiederkehr hervordringelt, wie die Kröte aus dem Schlamm.

Drei Punkte behandelt das Flugblatt: Amisblattfrage, Gewerbesteuer, Schulreform, Augustunruhen.

Wir wollen aus den verschiedenen Teilen die lustigsten Stellen mitteilen:

„Zur Amisblattfrage. Im März und Oktober 1920 eruchte auf Antrag von Haut und Dreger die Bürgerchaft den Senat, ihr eine Vorlage über die Schaffung eines von keiner Tageszeitung abhängigen amtlichen Anzeigenblattes entgegenzubringen. ... Nachdem die Sache in mehreren Besitzungen des Stadt- und Landamtes von den verschiedensten Seiten beleuchtet und erörtert worden war, beantragte der Senat am 8. Juli 1922, allen Lübecker Tageszeitungen die amtlichen Veröffentlichungen zu übergeben. ...“

Also: im März 1920 beschloß die Bürgerchaft, daß die Amisblattfrage anders geregelt werden sollte. Daraufhin beleuchtete der Senat die Angelegenheit in aller Ruhe. Im Herbst beleuchtete er noch. Die Bürgerchaft beantragte deshalb die Aenderung nochmals. Sofort legte die tagelange Beleuchtung des Senats wieder ein. Und nun leuchtete und beleuchtete der Senat die Sache ununterbrochen zwei Jahre. Bis zum Juli 1922. Da erfolgte die Beleuchtung plötzlich und eine Vorlage wurde gebracht. Denkt du!

So ist es doch nicht. Denn das eigene Flugblatt macht den Senat und seine zweijährige Beleuchtung nicht nur unsagbar lächerlich, sondern es sagt auch nicht einmal die Wahrheit.

In Wirklichkeit entwarf die Beleuchtung der Amisblattfrage, nachdem der 14köpfige Leuchter zwei Jahre lang schon an dem unangenehmen Ei herumgebrütet hatte, im Sommer 1922 noch im hellsten Licht oder im tiefsten Dunkel. Wie ihr Wille. Da trat ein Ereignis ein, das die etwas langlamen Herren

urplötzlich in einen merkwürdigen Galopp versetzte. Zwar bestanden sie bei dieser schnellen Gangart zinnoberrote Köpfe, aber es ging. Kurz und gut, es war ein unvorhergesehenes Ereignis eingetreten! Der Rathenau-Mord! Am 24. Juni hatten „nationales“ Jünglinge den Reichsminister Rathenau niedergeschossen.

Die Bürgerchaft trat zusammen und sagte der höllischen Hege gegen Republik und Demokratie rückwärtslos den Kampf an. Der Beschluß kam zustande, der deutschen nationalen Hege die amtlichen Anzeigen unter allen Umständen zu entziehen. Nur republikanische Blätter sollten von nun an amtliche Mitteilungen bringen. Der Bürgerchaftsbeschluß aus dem Jahre 1922 war also überholt. Die zweijährige Beleuchtung war plötzlich wertlos. Der Senat konnte also seine zweijährige Eigenschaft als Beleuchtungskörper aufgeben und nun wieder Regierungskörper werden.

Aber nun geschah etwas Merkwürdiges. Was der Senat in zwei Jahren trotz aller Beleuchtung nicht fertig gebracht hatte, jetzt gelang es ihm in 14 Tagen. Er brachte schnell eine Vorlage ein, die sich auf den Bürgerchaftsbeschluß vor zwei Jahren bezog. Den Bürgerchaftsbeschluß vor zwei Wochen übersehen die vornehmsten Herren mit einem nachlässigen Augenzwinkern.

Darauf sagte die Bürgerchaft dem Senat: Du hast zwar zwei Jahre lang die Frage mit allen möglichen Lichtern und Scheinwerfern beleuchtet und bestrahlt, aber du siehst trotzdem den wichtigsten Punkt nicht. Wir haben jetzt nämlich auch einmal geleuchtet, und wir haben dir vor allem auf die Finger geleuchtet. Deine Politik paßt uns nicht. Deine zweijährige und 14köpfige Beleuchtung ist jetzt überflüssig; denn wir haben dir jetzt ein Licht aufgelegt. Unser Beschluß lautet: Der Volksbote als einzige republikanische Zeitung bekommt die amtlichen Anzeigen.

Das war der Krach! Und nur der Unfall der bürgerlichen Parteien auf die Seite der Sozialdemokratie hat damals den endgültigen Bruch verhütet.

In kurzen Worten: Die Bürgerchaft forderte eine andere Regelung der amtlichen Anzeigen. Der Senat beleuchtet die Frage zwei Jahre und tut nichts! Alles Drängen der Bürgerchaft nützt nichts. Bürgermeister Neumann kann sich von seiner altfeindlichen Ehe mit den deutschen nationalen „Lübeckischen Anzeigen“ nicht so leicht frei machen. Nun kommt — hervorgerufen durch die Verschleppungsaktion des Senats und die gespannte Situation im Reich — ein neuer, schärferer Beschluß der Bürgerchaft. Da erinnert sich der Senat plötzlich des alten Beschlusses, macht der zweijährigen Beleuchtungsprozedur ein Ende und bringt innerhalb vierzehn Tagen eine Vorlage heraus, die sich um den neuen Beschluß der Bürgerchaft nicht im geringsten kümmert.

Moral: Die zweijährige Beleuchtung des Senats war eine Lächerlichkeit! Der plötzliche Entschluß eine Unverschämtheit gegen die Bürgerchaft. Das Flugblatt des Herrn Bürgermeisters verzeigt die Lächerlichkeit und verschweigt die Unverschämtheit.

Wer es mit Verstand liest, wird sich tolläseln. Und im Interesse des Ansehens Lübeds nach außen bitten wir den Senat dringend, dieses Zeugnis seiner eigenen Lächerlichkeit ja nicht der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Wir werden es sonst bestimmt dem „Simplizismus“ überreichen. Als Beispiel für den grauhaarigen läblichen Amisblattschimmel, der zwei Jahre beleuchtet und trotzdem nichts gesehen hat.

Trotz allem, wir können stolz sein auf unsern Senat, daß er in unserer so humorlosen Zeit den Simplizismus unterführt. Nur scheinen uns für solche Betätigung die Senatorengehälter etwas hoch.

Man regt sich auf bürgerlicher Seite darüber auf, daß die sozialdemokratische Fraktion ihre Meinung in der Amisblattangelegenheit innerhalb zwei Jahren verschärft und damit geändert habe. Vielleicht denken die bürgerlichen Senatoren, wenn sie es noch können, einmal zurück. Sie haben eine weit größere Aenderung durchgemacht. Allerdings nicht in zwei Jahren, sondern — in zwei Tagen. Im November 1918. Oder sollte die damalige Aenderung nicht ganz echt gewesen sein? Das wäre allerdings eine feine Ausrede!

Wir werden uns in den nächsten Tagen auch zu den übrigen Punkten des Flugblattes äußern. Heute geht es wirklich nicht mehr. Man muß auch mit dem Spöckhaften haushalten!

Wie wird sich die bürgerliche Einheitsfront nun den Kopf darüber zerbrechen, woher der „Volksbote“ jetzt schon wieder ihr so streng geheimes Wahltraktatchen hat. Wir wollen

Dollar 4,2 Billionen.  
1 Goldm. 1 Billion. 1 Goldpf. 10 Milliarden.

ihren fixen Ideen neuen Stoff geben! Es rührt von einem Raubmord her, den Dr. Leber persönlich an einem neumannischen Vertrauensmann begangen hat. Auf ein Verbrechen mehr oder weniger kommt es diesem lächerlichen Menschen natürlich nicht an. Nicht wahr, meine Damen und Herren von der bürgerlichen „Intelligenz“, so ist es doch?

Uebrigens hat unser Herr Bürgermeister einen höchst ehrenwerten Bundesgenossen gefunden. In Herrn Spedmann, dem bekannten „Hausbesitzer“. Dieser trat nämlich in der betreffenden Versammlung auch auf. Willen Sie als was? Als Mieterfreund! Die bürgerliche Einheitsfront ist wirklich eine Fundgrube für Grotesken! Also besagter Spedmann machte einen Vorschlag. Man sollte, so meinte er, vor allem unseren armen und allen Mietern sagen, daß die Sozialdemokratie ihnen die Wohnungen wegnehmen werde. Während Senat und Hausbesitzer nur eine Sehnsucht hätten: den Mietern die Miete möglichst ganz zu nehmen.

Es geht bei gedämpfter Trommelfang!  
Wie weit noch die Stätte, der Weg wie lang!  
Nach Strecknig ist es bedeutend näher!

## Die Goldsteuern.

Das Reichskabinett befaßte sich am Donnerstag mit der Frage, die Eingehung der auf Goldbasis gestellten Steuern zu forcieren. In Frage kommt neben der Einkommen- und Körperschaftsteuer für das Jahr 1923, auf die für je 1000 Mark Steuerquid des vergangenen Jahres 0,40 bzw. 0,60 Mk. nachzuschlagen sind, die Vermögenssteuer für das Jahr 1924. Sie wird ganz auf Gold gestellt und nach dem gemeinen Wert berechnet. Von Bedeutung ist, daß bei Wertpapieren der wirkliche Kurswert errechnet wird. Der Tarif sieht durchschnittlich 5 vom Tausend vor. Der Satz ermäßigt sich jedoch bei Vermögen unter 50 000 Goldmark auf 4 v. T. und bei Vermögen unter 25 000 Goldmark auf 3 v. T. Bei Vermögen über 100 000 Goldmark sollen Zuschläge in Höhe von 20—60 Prozent der Steuer berechnet werden. Die Regelung der Einkommensteuer erfolgt im Anschluß an die Vermögenssteuer in Form von Zuschlägen. Sie betragen für die Landwirtschaft eine Goldmark pro 1000 Mark des Vermögenswertes pro Quartal, bei Handel und Gewerbe 2% der Roherlösen, abzüglich der gezahlten Löhne und Gehälter. Freie Berufe zahlen von ihren Einnahmen, die über die Werbungskosten hinausgehen, 10 und 20 Prozent, wenn diese mehr als 6000 Goldmark betragen. Die Kapitalertragsteuer soll wieder mit 10 Prozent erhoben werden. Die Weinsteuer, die wie Verkehrs- und Verbrauchssteuer auf Gold gestellt wird, ist auf 20 Prozent des Kleinhandelspreises, zuzüglich 5 Prozent für die Gemeinden, festgelegt worden. Der Lohnabzug für die Arbeitnehmer ist beibehalten worden. Er ermäßigt sich nach der Kinderzahl und sieht eine Freigrenze bis höchstens 10 Goldmark vor.

Die Mietzinssteuer soll die durch die Nichtaufwertung von Hypotheken und Obligationen gesteigerte Leistungsfähigkeit des immobilien Besitzes steuerlich unter allen Umständen nutzbar machen. Jedoch will sich die Regierung darauf beschränken, Höchst- bzw. Mindestsätze festzusetzen und die weitere Regelung den Ländern und Gemeinden überlassen.

Die Beamten bekommen nur die Hälfte ihrer Hungerpfennige am 17. Dezember.  
Berlin, 13. Dezember.

Das Reichskabinett mußte sich angesichts der außerordentlich schwierigen Finanzlage des Reiches zu seinem Bedauern entschließen, anzuordnen, daß die für den 17. Dezember in Aussicht genommenen Gehaltszahlungen an die Beamten und Angestellten für die zweite Dezemberhälfte nur zur Hälfte an diesem Tage geleistet werden. Es ist in Aussicht genommen, den Rest am 21. Dezember auszusahlen. Die Reichsregierung sah sich zu dieser Anordnung trotz der ihr bekannten Kollage der Beamten- und Angestelltenchaft gezwungen, da die Mittel zur rechtzeitigen vollen Auszahlung nicht vorhanden sind und trotz aller Mühe nicht herbeigeholt werden konnten.

## Ungeheuerliche Schuhpreise.

Eine seltsame Auffassung vom Preisabbau haben die Schuhwarenfabrikanten. Während alle Welt sich um eine Reduzierung der Preise bemüht, bringen sie es fertig, die Grundpreise um durchschnittlich einen Dollar zu erhöhen. Dabei liegen die Preise für Schuhe usw. bereits weit über dem Friedenspreis. Die Fabrikanten selbst geben eine Erhöhung gegenüber 1914 von 60% bis 110% zu, während aber die Schuhwarenhändler eine Steigerung von 150% bis 200% gegenüber dem Frieden erreichten. Das Vorgehen der deutschen Schuhwarenfabrikanten ist ein Skandal abgesehen. Schuhe, die in Deutschland 18,50 Goldmark kosten, werden z. B. von deutschen Händlern in England für 10—12 Mark angeboten.

# Industrie und Eisenbahn.

Die Pläne der Industriellen auf Privatisierung der Eisenbahn und der übrigen Reichsbetriebe treten immer klarer zutage. Herr Sinn es ließ sich vor wenigen Tagen mit dem üblichen Aufwand von Entrüstung alle solche Pressenmeldungen als Verleumdungen bezeichnen. Inzwischen ist aber doch soviel an die Öffentlichkeit gekommen, daß über die Absichten der Industriellen ein Zweifel kaum mehr möglich ist. Wir entnehmen Mitteilungen der Express-Korrespondenz folgende Einzelheiten:

Die Reichsbahn schuldet der Industrie zurzeit noch etwa 200 Millionen Goldmark für Lieferung von rollendem Material, Schienen und Reparaturen. Diese Lieferungen wurden in der Hauptsache an die Ruhrindustrie zur Lieferung aus dem Friedensvertrag vergeben, insbesondere für die Franzosen und Belgier. Bei den Lieferungen handelt es sich um solche, die den Selbstbedarf der Reichsbahn überschreiten und für die das Reich als Schuldner aufzukommen hat und insbesondere um das Material, das unter die Reparationskäufen fällt. Aus diesen Gründen besteht bei der Industrie für weitere Kreditaufnahme Schwierigkeiten. Seit Einführung der Rentenmark kommt der Staat als Kreditquelle nicht mehr in Frage, und man hat einen Ausweg durch Ausgabe von wertbeständigem Geld herbeizuführen verurteilt. Jedoch ist es unmöglich, auf die Dauer dieses Hilfsmittel in Anspruch zu nehmen. In industriellen Kreisen ist man der Meinung, daß die Aufnahme größerer in- und ausländischer Kredite in Betracht gezogen werden kann, wenn eine Umwandlung der Reichsbahn in eine Betriebsgesellschaft nach dem Muster der Betriebsgesellschaft des Berliner Magistrats erfolgt.

Zu den Maßnahmen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes auf dem Verordnungswege durchgeführt werden sollen, gehören auch Pläne, die die Reichseisenbahn und die Reichspostverwaltung betreffen. Die Verhandlungen über diese Pläne sind noch im Gange, doch wird in naher Zeit mit einem endgültigen Entschluß gerechnet. Es soll u. a. ein Eisenbahn-Finanzgesetz geschaffen werden, welches für die Reichseisenbahnen die Betriebsform auf privatrechtlicher Grundlage vorzieht. Auch für die Reichspostverwaltung ist eine ähnliche Maßnahme vorgesehen, wobei es sich aber nicht um die Umwandlung der Betriebsform auf privatrechtlicher Grundlage handelt, sondern die Pläne gehen auf eine Selbstständigmachung der Reichspostverwaltung hinaus. Die Reichspostverwaltung hat ebenso wie die Reichsverkehrsverwaltung auf Zuschüsse der Finanzverwaltung nicht mehr zu rechnen und muß ihre Ausgaben aus eigenen Einnahmen decken.

Wenn durch die veränderte Lage der Reichsfinanzen die Reichsbetriebe, die unter normalen Verhältnissen heute ist die Lage der Eisenbahn durch den Verlust des Ruhrgebietes viel schwieriger als früher) als an der Heberschubetriebe gewesen sind, gravierendere Schwierigkeiten entstanden sind, so darf die augenblickliche Kreditnot dieser wichtigsten Reichsbetriebe unter keinen Umständen herabgelassen werden, den Diktaturgeboten der Industrie auch nur den kleinsten Hinters zu reichen. Die Industriellen, um die es sich bei diesen Plänen handelt, sind die wahren Nutznießer der Inflation in Deutschland gewesen. Das Reich hat alle Veranlassung, diesen Herrschaften gegenüber das Primat des Staates zu bekämpfen und die Steuern von ihnen zu erheben, die notwendig sind, um den Ausgleich der Reichsfinanzen zu ermöglichen. Eine Regelung nach Art der Berliner Regelung für die kommunalen Betriebe kann für die ganz anders gearteten Reichsbetriebe überhaupt nicht in Betracht kommen. Für sie kann es sich nur um eine rechtsgesellschaftliche Regelung handeln, die die finanzielle Selbstständigkeit dieser Betriebe nach außen hin sichert. Dabei muß unter allen Umständen dem halsabschneidenden Vorgehen der industriellen Kreditgeber ein Riegel vorgeschoben werden.

zurückzuführen aufbringen. Das ist die Hälfte der Ausgaben. Der Rest muß von jetzt ab wieder von den Ländern und Gemeinden getragen werden; da Länder und Gemeinden sich mit den Notleidenden in ihrem Bereich ebenso eng verbunden fühlen wie das Reich, kann erwartet werden, daß sie den bestimmungsgemäßen Anteil an den Aufwendungen aufbringen werden.

Das Kabinett Marx will sich im übrigen nach Mitteilung seines Chefs vor Pressevertretern weiterhin bemühen, gestützt auf den inneren Sanierungsversuch, im Ausland Kredite zu erhalten und die Fäden weiterzuspinnen, die vom Kabinett Stresemann begonnen worden sind. Ueberhaupt soll die Außenpolitik des Kabinetts Marx keinen grundlegenden Unterschied anweisen zu der der Regierung Stresemann und Wirth, deren außenpolitisches Ziel grundsätzlich dasselbe sei. Die neue Regierung will alles daran setzen, um mit den Regierungen der Entente an den Verhandlungen teilzunehmen und als gleichberechtigte Mitalleider einer Völkervereinigung zu werden. Die wichtigste Frage, deren Erledigung sie sich dabei zum Ziele gesetzt hat, ist die Lösung des Rhein- und Ruhrproblems und die Befreiung der rheinisch-westfälischen Bevölkerung von der Besatzung. Ueber die Art der Erledigung soll im Kabinett Uebereinstimmung herrschen. Die Regierung ist dabei entschlossen, in ihren Opfern für das befehlete Gebiet bis zum äußersten zu gehen. Von einem besonderen Geiz, das Volk und Arbeitnehmer zur Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge verpflichtet, hat die Regierung Abstand genommen, nachdem auf dem Verordnungswege 20 Prozent der Beträge bereits aufgebracht worden sein sollen. Die Regierung will versuchen, die notwendigen Mittel auf anderem Wege zu beschaffen, zumal sich auch die Länder, nicht zuletzt Preußen, bereit erklärt haben, ihren Pflichtanteil besser aufzubringen als bisher. Auch die Gemeinden sollen schärfer als bis jetzt angehalten werden, die restlichen zwei Fünftel aufzubringen. Die ursprünglich vorgesehene Summe von 340 Goldmarkmillionen ist schon stark aufgebraucht, so daß zurzeit für die produktive Erwerbslosenfürsorge voraussichtlich nur noch ein Betrag in der Höhe von 40-50 Millionen zur Verfügung steht.

Das Kabinett Marx will sich im übrigen nach Mitteilung seines Chefs vor Pressevertretern weiterhin bemühen, gestützt auf den inneren Sanierungsversuch, im Ausland Kredite zu erhalten und die Fäden weiterzuspinnen, die vom Kabinett Stresemann begonnen worden sind. Ueberhaupt soll die Außenpolitik des Kabinetts Marx keinen grundlegenden Unterschied anweisen zu der der Regierung Stresemann und Wirth, deren außenpolitisches Ziel grundsätzlich dasselbe sei. Die neue Regierung will alles daran setzen, um mit den Regierungen der Entente an den Verhandlungen teilzunehmen und als gleichberechtigte Mitalleider einer Völkervereinigung zu werden. Die wichtigste Frage, deren Erledigung sie sich dabei zum Ziele gesetzt hat, ist die Lösung des Rhein- und Ruhrproblems und die Befreiung der rheinisch-westfälischen Bevölkerung von der Besatzung. Ueber die Art der Erledigung soll im Kabinett Uebereinstimmung herrschen. Die Regierung ist dabei entschlossen, in ihren Opfern für das befehlete Gebiet bis zum äußersten zu gehen. Von einem besonderen Geiz, das Volk und Arbeitnehmer zur Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge verpflichtet, hat die Regierung Abstand genommen, nachdem auf dem Verordnungswege 20 Prozent der Beträge bereits aufgebracht worden sein sollen. Die Regierung will versuchen, die notwendigen Mittel auf anderem Wege zu beschaffen, zumal sich auch die Länder, nicht zuletzt Preußen, bereit erklärt haben, ihren Pflichtanteil besser aufzubringen als bisher. Auch die Gemeinden sollen schärfer als bis jetzt angehalten werden, die restlichen zwei Fünftel aufzubringen. Die ursprünglich vorgesehene Summe von 340 Goldmarkmillionen ist schon stark aufgebraucht, so daß zurzeit für die produktive Erwerbslosenfürsorge voraussichtlich nur noch ein Betrag in der Höhe von 40-50 Millionen zur Verfügung steht.

## Immer der gleiche Schwindel.

SPD. Bochum, 13. Dezember. Große Empörung in den Kreisen der westfälischen Bergarbeiter hat eine offenbar aus Regierungskreisen stammende Meldung gemacht, die behauptet, die Bergarbeiter hätten keinen Zweifel daran gelassen, daß, als sie der Regelung für den Ruhrbergbau zustimmten, eine entsprechende Erhöhung der Arbeitszeit bei den Beamten Voraussetzung sei. Diese Behauptung ist un wahr. Bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ist von den Bergarbeitern auch nicht ein einziges Mal auf die Arbeitszeit der Beamten oder anderer Berufe hingewiesen worden. Wohl ist vom Reichsarbeitsministerium wiederholt erklärt worden, es könne sich nicht dafür einsehen, daß das Abkommen den Charakter eines Uebereinstimmens erhalte, und zwar deshalb nicht, weil dadurch die Verlängerung der Arbeitszeit bei den Beamten erkauft würde. Die Vertreter der Bergarbeiter haben gegen diese Haltung des Reichsarbeitsministeriums in schärfster Weise opponiert und sich gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit auch bei den Beamten ausgesprochen.

## SPD. Amstich wird uns mitgeteilt.

Nach den gesetzlichen Vorschriften sind die Kosten der Erwerbslosenfürsorge, soweit sie nicht von den wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können, zur Hälfte aus Reichsmitteln zu tragen. Umweidend davon sind bisher die ungeheuren Lasten, welche Erwerbslosenfürsorge und Lohnsicherung im besetzten Gebiet während und nach der Ruhrkrisis verursacht haben, allein vom Reich getragen worden. Da jetzt die Reichsregierung mit den von der Rentenbank zur Verfügung gestellten Krediten unter allen Umständen auskommen muß, kann das Reich in Zukunft nur noch den gesetzlichen Reichsanteil an den Lasten der Erwerbs-

## Gollmanns Rede verboten!

Eine Verfügung „von Seiten des Wehrkreiskommandos“.

Köln, 13. Dezember. (Eig. Drahtber.) Das Wehrkreiskommando Münster hat eine öffentliche Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Gollmann sprechen sollte, in dem Ort Dieringhausen, der zum Wahlkreis Gollmanns gehört, verboten. Das Verbot ist erfolgt, obwohl die Polizeibehörde des vollkommen ruhigen, an der Grenze des besetzten Gebietes gelegenen Ortes, die Versammlung befürwortet hat. Gegen das Verbot ist telegraphisch Beschwerde beim Reichswehrminister eingelegt worden.

Wenn die Wehrkreiskommandos solche Verfügungen treffen können, so trägt der Reichswehrminister dafür die moralische und politische Verantwortung. Die einzelnen Generale sind zum Teil so weit der Politik entfernt, daß sie aus Eigenem kaum die politische Gerwirkung ihrer Verbote und Verfügungen erkennen können. Ueber wenn ihnen schon durch den Ausnahmezustand die ganze Exekutive anvertraut ist, dann sollten sie wenigstens so deutliche Richtlinien für ihr Verhalten bekommen, daß es nicht vorkommen kann, daß eine Versammlung eines Mannes verboten wird, der noch vor kurzem Ministerkollege des Herrn Geßler war und der doch auch sonst im Lande einigen Ruf hat. Wenn der rheinische Abgeordnete Gollmann im besetzten Gebiete — wenigstens soweit das britische Revier in Betracht kommt — unbeantstandet zu seinen Wählern sprechen kann, aber im nichtbesetzten Gebiet ihm das durch den Reichswehrgeneral in Münster unmöglich gemacht wird, so muß das allerdings das deutsche Ansehen in der Welt ungeheuer steigern!

## Das neue rheinische Geld.

Die Einheit des wertbeständigen rheinischen Zahlungsmittels wird den Namen Westmark (1 Westmark = 1 Goldmark) führen. Sämtliche Stadt- und Landkreise des besetzten Gebietes übernehmen eine Solidartast in der Höhe von 300 Millionen. Eine weitere Deckung erfolgt, ähnlich wie bei der Rentenmark, durch Ausgabe von Goldobligationen, die mit dreißigjähriger Laufzeit ausgestattet sind. Nach den Beschlüssen des Kabinetts soll die Westmark das einzige Zahlungsmittel in den besetzten Gebieten sein und bis zur Herausgabe der deutschen Goldnote in Umlauf bleiben.

Die Westmark baut sich also auf fast den gleichen Bedingungen wie die Rentenmark auf. Wenn es gelingt, die rheinische Westmark mit der Rentenmark im Kurs gleichzusetzen, sind alle Voraussetzungen für einen unbehinderten Warenaustausch zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland gegeben und die Interessen der rheinisch-westfälischen Industrie aufs äußerste gewahrt. Die Rentenmark hat sich gut eingebürgert. Ohne Zweifel wird sich die Einführung der Westmark in den besetzten Gebieten ebenso reibungslos vollziehen, sodaß kein Grund für die Errichtung einer rheinischen Goldnotenbank, die nur neue Schwierigkeiten schaffen kann, vorliegt. Das Projekt des Kölner Finanziers Hagen sieht die Herausgabe einer rheinischen Note nur gegen Devisen vor. Die Folge würde ein Aufschwung von Devisen sein, die dem Reiche nachher bei der Errichtung der deutschen Goldnotenbank fehlen werden. Schon aus diesem Grunde ist die Ausgabe der Westmark eine Erleichterung für die Schaffung einer deutschen Goldnote, die nach Ansicht des Währungskommissars Dr. Schacht bereits im Frühjahr 1924 in Umlauf gesetzt werden kann.

## Der Griff nach dem Grobshalm.

Erläuterungen der Reichsregierung.

Die Reichsregierung beabsichtigt in den nächsten Tagen einen Aufruf an das Ausland zu richten, um der Welt zu sagen, daß Deutschland am Ende seiner Kraft angelangt ist. Zuvor will die Reichsregierung von sich aus noch „das Letzte“ versuchen. Am Donnerstag gab dem Reichskabinett die zweite Steuerniederordnung des Reichsfinanzministeriums zur Beratung zu, die anschließend den Uebereinstimmungsausschuß des Reichstages beschäftigen wird. Diese Steuerordnung soll nach Mitteilung von

## Der Bimetallist.

Wenn man all die sachverständigen Gespräche über Margismus von Leuten hört, die nicht einmal in einem Taschenwörterbuch nachgesehen haben, was sich denn eigentlich hinter diesem schrecklichen Worte verbirgt, so fällt einem eine wunderhübsche Anekdote ein, die Ludwig Frank erzählt hat.

Es war während eines Wahlkampfes. Unsere Genossen überlegten, wie sie in einer kleinen Stadt im agrarischen Preußen eine konzervative Wählerversammlung auf das pfefferlichste aufliegen lassen könnten. Ein teuflischer Plan reifte heran. Es kam der Abend der Versammlung, und an die dreihundert bis vierhundert Bauern saßen behäbig pfefferalmend in dem verzäunten Wirtschaftssaal. Redner des Abends war ein etwas fleischleinerer älterer Politiker aus der Provinzialhauptstadt, von dem man nur wußte, daß er einmal ein Bäcklein über Währungsfragen, Bimetallismus und ähnliches geschrieben hatte. Der Redner war pünktlich erschienen und begann die übliche Wahlrede. Nach 10 Minuten erscholl von der Galerie her in vorwärtswoll anlagendem Tone der Zwischenruf: „Bimetallist!“ Es gab einige Unruhe, an einigen Tischen stellten die Bauern die Köpfe zusammen, der Redner stockte, wollte etwas sagen, ließ es dann aber lieber, schielte über seine Brille hinweg sehr argwöhnisch nach der Galerie und begann weiter zu sprechen. Nach drei Minuten neuer Zwischenruf, diesmal aus der linken Saule, sehr laut und dröhnend: „Bimetallist!“ Darauf erhebliches Gekrei: „Ruhe! Ruhe!“ Darauf wieder Köpfe zusammenstecken an einer ganzen Reihe von Tischen, Flüstern und misstrauisches Säuseln nach dem Redner. Dieser, etwas nervös geworden, nahm die Brille ab, putzte sie, schaute ein paar Mal herum, fuhr dann aber programmäßig in seiner Rede fort. Der Saal war aber jetzt nicht mehr so ruhig wie vorher, es wurde getuschelt und geraunt. Nach weiteren drei Minuten erscholl es von zwei Saalseiten her ziemlich gleichzeitig in schartig-dumpfen Ton, unerhört anlagendem Tönen: „Bimetallist!“

Jetzt wurde es lebhaft. In einer Ecke schlug ein Bauer kräftig auf den Tisch und verlangte, daß der Redner erkläre, ob er Bimetallist sei oder nicht; das sei doch gewiß so etwas wie ein Bismarck oder gar noch Schlimmeres. Ein halbes Dutzend Bismarck im angeregten Zustand. Der Redner putzte angeregt die Brille. Der Vorsitzende, ein schneidiger Rittergutsbesitzer, stellte mit Stenogramm mühevoll die Ruhe wieder her, indem er den Redner ermahnte, zur allgemeinen Aufklärung schnell zu sagen, ob er Bimetallist sei oder nicht. Stürmische Zustimmung im ganzen Saal und vielstimmiges Gekrei: „Ja, das soll er!“ Der

Redner schwiegte stark. Er begann zunächst etwas stotternd und zaghaft: „Bimetallismus, meine Herren, oder Doppelwährung, ist ein Währungssystem, mittels dessen Gold und Silber als gesetzliche Zahlungsmittel und bei einem festen Wertverhältnis von Gold und Silbergeld berart in Umlauf erhalten werden sollen, daß der Nennwert beider Münzgattungen...“

Weiter kam er nicht. Brüllendes Gelächter im ganzen Saal unterbrach ihn. Laute Rufe nach rechts und links und von der Galerie: „Das könnte ihm passen! So möchte er sich ausreden! So ein Bimetallist, so was will für den Reichstag kandidieren! Unerschüttert! Standal! Schluß! Schluß!“

Der weitere Verlauf der Versammlung ist bald erzählt; sie löste sich in allgemeine Prügerei und unter dem hurtigen Eingreifen des besorgten Wirtes auf. — Der Redner ist nie dazu gekommen, die Bevölkerung des Städtchens über den Bimetallismus und seine Stellung zu ihm aufzuklären. So wird man denn dort noch heute wohl von ihm als von einem Dunkelmanns sprechen, den man erteiligerweise noch rechtzeitig entlarvt habe.

So erzählte der prächtige Ludwig Frank. Dieses Geschichtchen jetzt wieder zu bringen, ist keineswegs unzeitgemäß. Es ist zu hoffen, daß es auch ein paar von den Leuten lesen, für die der Margismus ebenso wie für jene Bauern der Bimetallismus eine Art Schinderhannes ist.

## Das Atom und sein Bau.

Die Lehre vom Atom steht im Mittelpunkt der modernen chemischen Theorien und hat in den letzten Jahrzehnten eine totale Umwälzung erfahren. Die griechischen Naturphilosophen haben den Begriff geschaffen; er bedeutet das Nicht-mehr-Teilbare und sollte die kleinste Einheit des Stoffes darstellen. Diese Theorie wurde vor hundert Jahren neu belebt und auf die chemischen Elemente angewendet, als deren kleinster, nicht weiter auflösbarer Teil das Atom nunmehr galt. Im gleichen Element sollten nur gleiche Atome, in den verschiedenen Elementen dagegen verschiedene sein. Aber das Atom blieb ein rätselhafter Begriff. Erst die neueren Forschungen haben uns über seine Größe und Eigenart näheres erschlossen. Heute ist die Größe des Atoms festgelegt. Sein Durchmesser beträgt z. B. ein zehnmilliontel Millimeter. Um sich eine Vorstellung von dieser Größe zu machen, wurde folgendes Beispiel gewählt: Ein Fingerhut Wasser enthält so viele Moleküle (die kleinste physikalische Moleküleinheit) wie Fingerhüte Wasser in allen Weltmeeren zusammen enthalten sind. Die erstaunlichen Resultate der modernen Atomforschung haben vor allem dem Begriff des Atoms selber umgestaltet. Das Atom ist nicht das Letzte, sondern selbst schon ein kompliziertes Gebilde.

Es besteht aus einem positiv geladenen Kern, um den Elektronen, d. h. negativ geladene elektrische Kräfte schwingen. Das einfachste Atom ist das des Wasserstoffes. Es hat nur einen Kern um den sich ein Elektron bewegt. Letzteres hat nur ein zweitausendstel des Wasserstoffatomgewichtes. Die Berechnung der Schwere, Größe und Schnelligkeit wurde mit Hilfe der Radiochemie ermöglicht. Der Atomzerfall, der bei den radioaktiven Körpern beobachtet wird und in Explosionen von kolossaler Heftigkeit und der Entfaltung von Energien im Betrage des Millionenfachen der gewöhnlichen chemischen Energie und in der Erreichung von Geschwindigkeiten bis zur höchstbekannten Geschwindigkeit (der des Lichts) besteht, leistete dabei wesentliche Dienste. Es gelang ein Bild vom Bau der Atome zu bekommen, das im ganzen den Tatsachen völlig entspricht. Das Atom ist ein winziges Abbild des Planetensystems. Die in ihm sich abspielenden Bewegungen verlaufen nach ähnlichen Gesetzen wie die Bewegungen der Planeten um die Sonne. Sowohl im Welt- wie im Atomsystem befinden sich in unendlich großen leeren Räumen punktförmige Energieansammlungen, deren Abmessungen in beiden Systemen freilich sehr verschieden sind. Die chemischen Eigenschaften der verschiedenen Atome sind auf die verschiedenen Anordnungen der Elektronen zurückzuführen, die um die Kerne schwingen. Sie ändern ihre Bahnen bei gegenseitiger Annäherung und bilden dann so die Moleküle, die nächst höhere Einheit der Körperbildung. Heute wissen wir, daß chemische und elektrische Kräfte dasselbe sind. Der Atomzerfall ergibt sich bei bestimmten Elementen von selbst, nur in einzelnen Fällen kann er von uns beeinflusst werden. So ist es z. B. gelungen, durch zerfallende Radiumatome das Glühstoffmolekül zu zertrümmern. Die Umwandlung von einem Element in ein anderes, die Sehnsucht der Alchimisten, ist heute in einzelnen Fällen erfüllt. Aber die Umänderung ist noch ohne praktische Bedeutung, und auch die Ausbeutung des Atomzerfalls zur Gewinnung großer Energien ist heute noch nicht möglich. Aber die Entwicklung ist im Fluß und noch nicht abzusehen. Die Welt des Kleinsten ist uns heute in einem Maße erschlossen, wie es die kühnsten Träume nicht erhofft hatten. Das Bild davon ist auf Grundlage des Experiments zu einer geschlossenen Rundung gediehen. Neue Einblicke in das Energiegleichgewicht der Welt sind gewonnen. Die großen Welten des Sternenhimmels und die kleinen der Atomsysteme stehen in merkwürdiger Uebereinstimmung. Die Atome sind die Figürchen der Kleinwelt und das Atom aufleuchtend und Verschwinden von Sternen insofern himmlischer Katastrophen entspricht den Explosionen des Atomzerfalls. Vieles ist auf diesem Gebiet noch zu leisten, ungelöst sind noch die Rätsel der Elektrizität, der Schwerkraft und des Aethers. Die Naturwissenschaft, deren Entwicklung von dem Aufleuchten einzelner genialer Persönlichkeiten dank den modernen Methoden immer unabhängiger wird, geht auch auf diesem Gebiet ihren Siegeszug froh und muth, da das Naturbegreifen zur Naturbeherrschung führt, auch praktische Resultate zeitigen.

# Bayrische Blom.

Von unserem Münchener Korrespondenten.)

Weit über die weißblauen Grenzpfähle hinaus war der Glaube verbreitet, als wäre das bürgerlich-vaterländische Bayern zu der Mission berufen, die Befreiung und den Wiederaufbau Deutschlands herbeizuführen. Wer gegen diese Auffassung Bedenken geltend machte, wurde als „marxistisch“ verachteter Vaterlandsverräter beschrien und wo, wie in Bayern, die Gelegenheit dafür günstig war, unter ein Ausnahmerecht gestellt und mundtot gemacht. Aber nach jener Nacht im „Karwendl-Keller“ — so hat der Münchener Volkswitz nach der Wandlung Kahr's den Bürgerbräulecker getauft —, in der das „antimarxistische“ Programm des bayrischen Generalstaatskommissars als aller staatspolitischen Weisheit letzter Schluss hätte verkündet werden sollen, gab es ein jämmerliches Erwachen. Mit einem Schlag war „der Glaube an Bayerns Mission für Deutschlands Zukunft verloren; das Vertrauen, daß von Bayern der große Gesundungsprozess im deutschen Volk und das nationale Erwachen ausgedehnt würde, ist verschwunden. Im Ausland und in Deutschland glaubt zurzeit kein Politiker mehr an diese Hoffnung.“

Nun solche Worte erst vor wenigen Tagen eine der Regierung Knilling sehr nahestehende und mit einem verantwortungsvollen Amt für sie betraute Persönlichkeit schreiben konnte (in Nr. 49 der „Allg. Rundschau“, der führenden katholischen Wochenzeitung Süddeutschlands), um wieviel mehr haben wir Sozialdemokraten ein Recht und die politische-ethische Pflicht, solches auszusprechen! Seit Jahr und Tag hat die sozialdemokratische Presse in Bayern, haben vor allem unsere Abgeordneten im Landtag immer und immer wieder auf die unsicheren Zustände in Bayern hingewiesen, auf die fortgesetzten und sich steigenden Anmaßungen der Staatsgewalt durch die sogenannten vaterländischen Kampforganisationen, auf das Aufpöppeln und Weiterstreifen der nationalsozialistischen Bewegung durch die bayrische Regierung, bis sie schließlich unter flammendem Protest die Auflösung aller Stütztruppen der schwerbewaffneten Kampfverbände forderten. Aber die sozialistischen Warner wurden nicht nur ausgelacht und verhöhnt, sie wurden auch aufs Größtste beschimpft und als Leute gebrandmarkt, die ihre Heimat vor Gott und der Welt abhändeln und wider besseres Wissen schlecht machen wollen. Darüber hinaus wurde Ausnahmezustand über Ausnahmezustand verhängt immer hervorgerufen durch rechtsradikale Drohungen, immer aber und fast ausschließlich angewandt gegen links! Tragikomisch lesen sich heute die am 21. November 1922 im bayrischen Landtag vom Innen- und Polizeiminister Dr. Schwegler gesprochenen Worte: „Angesichts der sozialdemokratischen Schilderungen möchte man sich allerdings fragen, ob Bayern in Europa liegt oder ob es etwa plötzlich durch elementare Ereignisse nach dem Wildwest des tiefsten Mexiko versetzt worden ist.“ Nun, es dauerte knapp ein Jahr, und Schweglers Ministerpräsident ergriff in stilllichem Pathos dem gleichen Landtag, wie er und seine Kollegen „in Wildwest als Fahrpfähle in einem Pazifikzug sich plötzlich dem räuberischen Ueberfall der nationalen Revolution gegenüber gesehen hätten.“

Aber ist es nicht lächerlich, aus diesem Ueberfall im „Karwendl-Keller“ soviel Aufhebens zu machen, nachdem dieselben völkisch-nationalsozialistische Wildwetter schon seit Jahr und Tag in ganz Bayern verstreut Ueberfall auf Ueberfall mit Nord und Südschlag häuften, davon allein 35 in diesem Jahre. Nach Ansicht der bayrischen Politik waren diese Dinge immer in schönster Ordnung, und wenn nicht die bayrische Staatsregierung selbst den von ihr großzügigen Prätorianertruppen hätte weichen müssen und von ihnen eingesperrt worden wäre, so hätte auch jetzt im Rahrbürger-Bayern kaum jemand gemerkt, was für gefährliche Künste die Regierung Knilling gesteuert und wieviel jammervolles Fiasko sie erlitten hat.

Dieser Kurs allein, die ganze Führung der Politik unter der Ministerpräsidentenschaft Knillings ist die direkte Ursache, daß alles so gekommen ist und ganz Deutschland von Bayern aus hinter die Kulissen eines phrasengeflüchteten Nationalismus an den Rand des Abgrundes gestoßen wurde. Entweder selbst herauscht von hohlen Vaterlandssphären oder zu feige, um Kahr und die vaterländischen Verbände niederzuhalten, oder gar bekannnen in einem kleinbürgerlichen Gemisch von beiden und einer starken Dosis persönlichen Ehrgeizes trägt Knilling als der leitende

Staatsmann Bayerns die direkte Verantwortung gegenüber seiner eigenen Heimat und seinem großen deutschen Vaterlande. Leichtgläubigkeit und Ehrgeiz sind andererseits auch die Triebabfeder zu dem Mut, den Knilling stets gegen das Reich aufgebracht hat, bis er seinen Föderalismus krönte mit der glatten Verfassungsverletzung der In-Teufels-Handnahme der Reichswehr. Diese ganze Politik im Innern und gegen das Reich hat jene ungeheure Lockerung des Staatsgedankens nicht nur in Bayern herbeigeführt, die die letzte Ursache der Münchener Ereignisse vom 8. und 9. November ist.

Nun, da mit dem Hitlerputz die ganze bayrische Politik Knillings zusammengebrochen ist — eine Tatsache, der man theoretisch selbst in der bayrischen Volkspartei volles Verständnis entgegenbringt — ist es plötzlich niemand, der staatspolitisch die Verantwortung auf sich nimmt. Unter dem ersten Eindruck des zusammengebrochenen Gebäudes bestand nirgends ein Zweifel, daß die Konsequenzen gezogen werden müssen, und selbst Knilling war aufrichtig amüsiert. Schon hörte man die Parole: eine neue Politik mit neuen Männern. . . Über siehe, da zerfiel die christliche Wille an der inneren Muffeligkeit der bayrischen Volkspartei, die sich wohl bewußt war, daß ein grundsätzlicher Neuaufbau der bayrischen Politik eine offene Niederlage ihrer eigenen und ein außerordentlicher Erfolg der sozialdemokratischen Politik bedeuten würde. Aus einer beratigen Erkenntnis hätten sich in einem Land mit einer wirklich parlamentarischen Demokratie die Folgen zwangsläufig ergeben; aber daran würde sich die Volkspartei nicht gestoßen haben, sie hätte ihre Minister ohne weitere Bedenken neu angesetzt, wenn nicht die Wahlen vor der Tür ständen. Schließlich geht man doch auch in Bayern nur sehr ungern mit dem offenen Eingeständnis einer zusammengebrochenen Regierungspolitik, deren Trägerin man war, in den Wahlkampf. Dazu die Tatsache, daß das Konkordatspiel der ehrgeizigen Führer in den vaterländischen Verbänden noch nicht zu Ende ist. Unter diesen Erwägungen, die sich auch mit einer möglichst schmerzlosen Liquidierung der ganzen Hitlerei beschäftigten, entschloß man sich für die Zeit zur Politik des Fortwurstens. Knilling bleibt also und mit ihm Schwegler, Matz und Kahr, zwischen denen überall tiefliegende Risse zu erkennen waren. Mit dem Oberhaupt und leitenden Staatsmann bleibt aber auch der bisherige Kurs in Bayern und Knilling ist offenbar gewillt, seine Meinung noch mehr als früher durchzubringen. Denn in seiner zweiten Rede, also bereits nach Belassung der Krise, sagte er: „Der Ministerpräsident kann seiner verantwortungsvollen Rede nur gerecht werden, wenn und solange er in der Lage ist, in entscheidenden Fragen seinen Willen zur Geltung zu bringen; andernfalls wäre er verpflichtet, die einzige mögliche Folgerung zu ziehen und sein Amt niederzulegen.“ Die bayrische Regierung sammelt also weiterhin wie bisher die „vaterländischen“ Kräfte hinter der Staatsgewalt, schlägt neue Kompromisse mit den Verbänden, regiert mit ihnen und durch sie.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 14. Dezember.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	18. Dezember.	12. Dezember.
	(in Millionen)	
Amsterdam . . . . .	1 fl.	1596 000
Buenos Aires . . . . .	1 Peso	1336 650
Brüssel (Antwerpen) . . . . .	1 Fr.	191 520
Kristiania . . . . .	1 Kr.	626 480
Kopenhagen . . . . .	1 Kr.	744 135
Stockholm . . . . .	1 Kr.	1 097 260
Helsingfors . . . . .	1 finn. Mk.	103 740
Rom . . . . .	1 Lire	181 545
London . . . . .	1 £	18 254 260
Newyork . . . . .	1 Dollar	4 189 500
Paris . . . . .	1 Frs.	223 440
Zürich . . . . .	1 Frs.	730 170
Madrid . . . . .	1 Pesa'la	548 625
Portugal . . . . .	1 Escudo	151 620
Japan . . . . .	1 Yen	1 975 050
Rio de Janeiro . . . . .	1 Milreis	379 050
Wien . . . . .	1 Kr.	59 850
Prag . . . . .	1 Kr.	123 690
Jugoslawien . . . . .	1 Dinar	47 381
Pudapest . . . . .	1 Kr.	215 460
Bulgarien . . . . .	1 Lewa	27 930

Nez ist da natürlich, als daß sich die „nationalistische“ Kräfte nach ihrer ersten Schlappe im „Karwendl-Keller“ von neuem sammeln und bei der nächsten Gelegenheit wieder eine „nationale Reichsregierung“ proklamieren? Und da auch der Diktator Kahr auf noch unabsehbare Zeit hinaus für Ruhe und Ordnung im Lande zu sorgen hat, so ist klar zu erkennen, daß in Bayern alles beim Alten bleibt und der Staatsstreich vom 8. November außer einigen Flecken auf der Weste hochgestellter Personen und dem Verlust des selbstverlehenen Titels „Ordnungsstelle“ keine nachhaltigen Wirkungen und Lehren zeitigen wird. Nach wie vor kommandiert der „Feldwebel“ Kahr: rechts sämmtlich marsch, und wieder „wächst ein Staat im Staate heran, der unbeding und naturgemäß regierungs- und parteifeindlich und dadurch revolutionär werden wird.“ (Allgemeine Rundschau vom 6. Dezember.)

## Vermischte Nachrichten.

### Holländische Hilfe für Deutschland.

Nach Meldungen aus Amsterdam wird vom 17. bis 21. Dezember das Niederländische Rote Kreuz in ganz Holland eine Sammlung veranstalten, von deren Ergebnis zwei Drittel der notleidenden deutschen Bevölkerung und ein Drittel den in Deutschland lebenden notleidenden Holländern zugute kommen werden. Mittwoch ist aus Rotterdam der erste Rote-Kreuz-Zug nach Deutschland abgegangen, der Lebensmittel für die öffentlichen Küchen in Berlin und Essen im Werte von 55 000 Gulden mit sich führt. 8000 Kilogramm Kleider gingen mit demselben Zuge ab.

### Riesentrust der englischen Presse.

Wie dieser Tage bekannt geworden ist, hat Lord Rothemeres Zeitungstrust, den man als „regelmäßiges Monopol der öffentlichen Meinung“ des Vereinigten Königreiches bezeichnen kann, jetzt eine weitere Ausdehnung seiner Machtgrenzen erfahren. Nach englischen Meldungen bietet die gewaltige Organisation des britischen Zeitungsgewerbes das folgende Bild: Die „Zeitungsaktiengesellschaft“ verfügt über die Kontrolle der „Englischen Kolonialgesellschaft“, die ihrerseits 55 000 Tonnen Papier im Jahre erzeugt. Der Trust der „Daily Mail“ hat kürzlich für 6 Mill. Pfund Sterling die Hulton-Broschüre erworben sowie weiterhin für eine Summe von 1 Million Pfund die „Gesellschaft der Schottischen Zeitungen“. Das Gesamtkapital des Trusts beträgt 8 Millionen Pfund Sterling, eingeteilt in Schuldverschreibungen, die kürzlich in den Verkehr gelangten, und zwei Millionen Aktien. Die Zahl der Aktionäre ist sehr klein und hat das absolute Verfügungsrecht über das vollbezahlte Aktienkapital; aber das ist nicht alles. Die Aktionäre sind außerdem dem Namen nach nicht bekannt; es ist indessen sehr wahrscheinlich, daß die Mehrheit der Aktien sich im Besitze des „Daily Mirror“ befindet, der seinerseits bereits den „Sunday Victorial“ kontrolliert. Die Besitzrechte an den vertriebenen Schachiel- und Tochtergesellschaften sind demgemäß folgende: Der „Daily Mirror“ kontrolliert, wie gesagt, den „Sunday Victorial“. Diese beiden Gesellschaften besitzen ihrerseits die Aktienmajorität des „Daily Mail Trust“, der wiederum die Hulton-Broschüre, „Vereinigung der Presse Schottlands“, die „Gesellschaft der Rothemere-Blätter“ und die „Englische Kolonialgesellschaft“ besitzt. Der Jahresgewinn stellt sich auf 2 1/2 Millionen Pfund Sterling. Ueber den gesamten Organismus herrscht in Wahrheit aber die Mehrheit der 700 000 Aktien des „Daily Mirror“.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Kreiskant Lütke und Feuilleton Hermann Bauer; für Interate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

# PELZE

Garnituren f. Damen, Backfische, Kinder. Elegante Pelzjacken u. Mäntel in größter Auswahl. — Herren-Gehpelze fertig und nach Maß. — Fellvorlagen, Fuhsäcke. — Ein Restposten Pelzhüte, besonders billig. — Zwanglose Besichtigung erbeten.

## Pelzhaus Friedrich Zimmermann, Königstr. 24

Ankauf von Roh-Fellen.

## Rees Doort.

Ein flämischer Sittenroman von Georges Gethoud.

12. Fortsetzung.

III.

Wie jedes Jahr, so amüsierten auch diesmal Rees Doort und seine Begleiter sich bei diesen extravaganzen Szenen. Sie gingen mehrmals an der zwei Kilometer langen Reihe von Baracken vorbei und ergötzen sich an allem, was sie da sahen, hörten und taten.

Der Bürgermeister Sap, ein lustiger Bruder, drang in die Bude einer „dicken Frau“. Die anderen warteten, bis er wieder herauskam, und all die von Dingbehaar, mit Ausnahme von Rees, der inzwischen nachdenklich geworden war, da ihm die Trennung von seiner Meisterin schon zu lange schien, brachen in ein lautes Gelächter aus, als Sap erklärte, man habe ihn bestohlen, denn keine verstorbene Meisterin habe noch dickere Waden und Schenkel gehabt als die Klein. Bald aber fand Filip Sap, daß „sein Bär zu tanzen anfing“, er bezeichnete nämlich damit das Knurren seines Magens. Wahrscheinlich würde dieser Bär anstehend, denn die anderen folgten seinem Beispiel, und deshalb beschloßen alle, zusammen in ein Gasthaus zu gehen, wo sie sich an Eier mit Speck und holländischem Käse ergötzen.

Es war schon dunkel, als die Freier noch am Tisch saßen. Sie hatten ihre Maßzeiten mit zahlreichen Litern Antwerpener und Löwenener Bier begossen. Nur Rees sah ohne Lust. Seine Freude war vorbei, seitdem die Meisterin sich entfernt hatte. Welt, versuchte umsonst, ihn anders zu stimmen; aber sie dachte nicht im geringsten daran, aus welchem Grunde der Narr von heute morgen auf einmal so traurig geworden.

„All dieser Lärm hat mir den Kopf ein wenig verdreht; das wird bald vergehen, meine liebe, kleine Bella“, sagte Rees, indem er einen freieren Ton anzuschlagen suchte.

„D ja, das wird schon vergehen“, fügte Bella hinzu. „Beim Tanzen werden wir das Rapsch mit der Schuppe hinabfallen lassen und dann auf den Boden. . . das ist ein gutes Mittel.“

„Ist es noch nicht Zeit, die anderen in den Moerjan aufzuheben zu gehen?“, fragte Rees.

Ueberfall und bis an den Hals vollgestopft, konnten sich die anderen nur mit Mühe aufheben. Vor der Tür stiegen sie noch auf Ghjel Dhaenens, der sich ihnen ebenfalls anschloß.

Als sie zum Moerjan, der abseits in Holland lag, kamen, saßen die Meisterin Cramp, die Andries, der Beiter und die Base Stevens, sowie noch einige Gäste aus den umliegenden Dörfern schon am Tisch. Unter den Gästen befand sich ein Fremder, den Rees bald bemerkte hatte.

Es war ein Kerl von etwa zwanzig Jahren, breitschulterig, mit einem starken Halse und dicken Schenken, einem runden, verbrannten Gesicht, mit Baden voller Gleden, einem großen sinnlichen Munde, mit unordentlich geschnittenen Nachschlundhaaren, einer kühnen Doggenase und grünblauen, hinterlistigen Augen. Es konnte Rees gar nicht gefallen, daß dieser leichtsinnige Mensch, der seine Mühe übers Ohr hängen ließ und einen Poketot, ein weißes Hemd und eine Krawatte trug, bei der Witwe Cramp sich setzen zu machen suchte. Er erzählte ihr nämlich allerlei mutwillige Späße, und das schien sie so sehr zu amüsierten, daß der Stuhler gar nicht daran dachte, den Arm, den er ihr um den Leib geschlungen, zurückzuziehen. Jannede, immer seiner Rolle getreu, beobachtete, welchen Eindruck der Eindringling auf den Krauskopf machte, und er beeilte sich, Rees alles mitzuteilen, was er über die Verhältnisse und den Charakter des dicken Burkesen wußte.

Jürgen Faas war der einzige Sohn eines Gutsbesizers von Weirendrecht. In Erwartung der väterlichen Erbschaft ging er müßig umher, aber er war immer bereit, den Ruf seiner Gemeinde aufrechtzuerhalten, wenn es galt, mit Schoppen zu kämpfen. Das machte dem Alten viel Kummer, denn er hatte gehofft, in seinem Sohne einen Gefährten zu finden. Enimmetzt durch die Unverbesserlichkeit des Bummelers, hätte der alte Faas fast gewünscht, er möchte eine schlechte Nummer ziehen, aber Jürgen kam am Waffenschrank vorbei. Nachdem der fidele Junge hierbei Glück gehabt hatte, führte er sein verlottertes Leben ruhig weiter. Man verzicht, ihm vieles wegen des „Omibus“, den er später erhalten sollte, und besonders wegen der Freigebigkeit, mit der er ihn schon im voraus ausgab. „Es ist ein guter Junge!“, sagten die Leute aus seinem Dorfe und der Umgebung, wenn von ihm die Rede ging. Hätte er sich selbstständig machen wollen, so hätte es ihm nicht an guten Gelegenheiten gefehlt. Aber Jürgen wollte seine Freiheit behalten und dem hiebslichen Leben nachgehen, solange es ihm gefiel; er wollte mit seiner unbeständigen, sinnlichen Person überallhin spazieren gehen, wo es nur zu gehen gebe auf die fetten „teedagen“, an denen sich die Bruderschaft amüsierten, auf die Kirchweihen, wo es Würste und Kuchen gab, auf die Festtage der Weiler im Bosder und in den Dünen. Diesemal hatte seine kleine Nase ihn zu seinen Freunden, den Stevens, geführt, wo er mit Anemie, dem Andries und zahlreichen Weibern und Verwandten der Gastgeber zusammentrat. Diese Gesellschaft hatte die feinen Stücke eines fetten Schweins von den Ohren bis zum Schwänze unter sich verteilt. Dann hatten sie sich über mehrere Schüsseln Reis, mit Milch und Safran zubereitet und mit Zucker bestreut, hergemacht. Und da man diese ganz Last hinunterwürgen mußte, begoß man sie mit einem frischen starken Kirmeisiers. Daher kam es auch, daß die Gäste von Meister Stevens alle fröhlicher und gekwähiger Laune waren.

In dem Saale drängten sich die Männer und die Frauen um

die Tische. Die Bierpumpen waren ohne Unterlaß in Bewegung, die Weisen brantzen beständig, die Gäste stießen aneinander, die Gäste verstanden sich gegenseitig zuweisen einen freundlichen Klaps, und unter den geschwätzten Balken der schon dreihundert Jahre alten Decke tanzten Säulen von Rauch.

Zwei junge Bauern traten in die Stube. Der eine trug unter dem Arm ein Ferkel, das er auf der Messe gekauft hatte. Das rosige Tierchen, das so fett war wie ein hübles rundes Nadelchen, gitterte und grunzte vor lauter Furcht. Jürgen Faas redete den Mann mit dem Ferkel — es war ein Handlanger aus Stebroeck — an:

„He! Jan Klip! Roter Klip! Komm mal her! Was forderst du für diesen Apostel?“

„Den bekommst du noch nicht für den Dukaten, den du in der Tasche hast, weißer Jürgen.“

„Nur langsam, Klipke. Mit dem, was ich in der Tasche habe, könnte ich das Ferkel mit seinem Herrn kaufen.“

„Indem er sich bei diesen Worten weit zurücklehnte und mit der Hand tief in die Tasche griff, warf er ein Fünfrantenstück auf den Tisch.“

„Nur fünf Franken für ein ganzes Schwein?“ bemerkte Klip. „Nicht einen Schinken!“

„Doch, alle vier, mein Vester. . . Sagen wir sechs Franken und trinken wir ein Glas zusammen. Also, Frau Wirtin, zwei Glas! Wirst du?“

„Nein, acht Franken, oder ich will nichts mehr davon wissen, mein lieber Jürgen.“

„Verfluchter Kerl, da hast du acht Franken.“

Als Jürgen nun im Besitze seines Tieres war, fing er an, das Tier zu quälen. Er paßte es mit beiden Händen, hielt die Nase vor dessen Schnauze und lästes ihm Tabakrauch in die kleinen verlegenen Augen.

Anemie mißte sich jedoch dazwischen: „Wie können Sie sich doch solch ein armeliges Tierchen aufladen? Es wird kaputt sein, ehe Sie nach Weirendrecht kommen!“

Aber Jürgen wollte sich für seine acht Franken amüsierten. Auf einmal fand er seinen Spaß daran, das Tier unter die Räder seiner Nachbarin laufen zu lassen, und als die Witwe sich wehrte, sagte der lustige Bruder, indem er unter den Tisch kroch, er wolle bloß sein Tier wieder haben. Die Frauen schrien alle zugleich, aber es war besonders die Meisterin, die keinen Angriffen ausgesetzt war. Sie war feuerrot geworden und schrie aus vollem Halse:

„Gnuff, gnuff! Es ist das Ferkel!“ sagte Jürgen, indem er noch immer unter dem Tisch herumwühlte.

Im ganzen Saal hielt man sich dabei den Bauch vor Lachen. Die Bauern stießen ihre Frauen in die Seite, und in allen Ecken hörte man: „Hi, hi! Es ist das Ferkel!“

(Fortsetzung folgt.)



Wir stellen hierdurch ein größeres Quantum unseres bekannten

# Perl-Koks

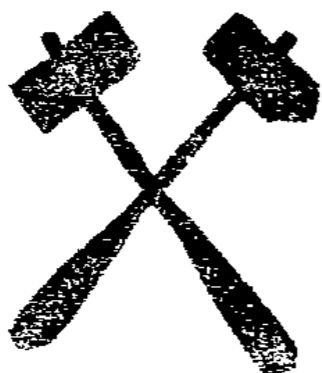
zum Verkauf und zwar  
zu **Goldmark 1.40** per Zentner  
ab Lager  
zu **Goldmark 1.60** per Zentner  
frei Haus

## Hermann Blundt

G. m. b. H.

Mühlenstraße 34

Fern-  
sprecher  
8670  
und 8378



Lager  
bei der  
Gasanstalt  
Geniner  
Straße

9325

# Eine wahre Weihnachtsfreude

sind unsere wirklich billigen Preise in allen Abteilungen!

## ca. 1000 Schürzen

kommen ab heute zum billigen Verkauf. 4 Serien auf Extra-Tischen:

<b>Serie 1:</b> Hausstandsschürzen gestr. Watstoff volle Weiten Weiße Träger- schürz., Ia. Stoff	<b>245</b>	<b>Serie 2:</b> Jumper-Schürzen Ia. Watstoff, fesche Formen . . . .	<b>275</b>	<b>Serie 3:</b> Wiener Schürzen Ia. Watstoff mit Volant, volle Formen .	<b>325</b>	<b>Serie 4:</b> Jumper- und Wiener Schürzen, Satin und Water- stoff, neueste Macharten . .	<b>385</b>
---	------------	---	------------	---	------------	---	------------

## Arbeiter- u. Berufskleidung

zu besonders billigen Preisen!

Schlosserjacken . . . . .	350	Gestr. Pilotosen . . . . .	750	Gestreifte Arbeitsblusen . . . . .	340
Schlosserhosen . . . . .	350	Schlosserhemden . . . . .	420	Barchent-Hemden, Militärstreifen	400

# Markmann & Meyer

Sonntag von 11 bis 5 Uhr geöffnet.

## Stadthallen- Restaurant

Täglich  
von 12-2 Uhr:  
Guter bürgerlicher  
Mittagstisch  
ab 6 Uhr: (9328)  
Speisen v. d. Pflanze.  
Reichhaltige Speisekarte.  
Carl Hansden

**Trocadero.**  
Schüsselbud. 4. F. 787  
Täglich ab 5 Uhr  
nachmittags:  
**Glimmungs-  
Konzerte.**  
Tisch

**Nedermans**  
8 Uhr.

# Nur im Biophon.

Großes Sittendrama in 6 Akten  
**Opfer der Liebe.**  
Lucy Doraine, Rudolf Lettinger.  
**Lady Violette.**  
Liefergreifendes Familiendrama in 5 Akten.  
Sacy von Blondel, Oskar Marion.

**Einlage.**  
NB. Machte auf dieses große Schlager-Programm besonders  
aufmerksam, nur Erstaufführung. 9325

**Ständiges Weihnachtsangebot!**  
Denn es solange Vorrat reicht:  
**Zigaretten**  
Größe 3, 4 und 5 Pfg.  
**Zigarren** Größe 8-10 Pfg.  
**Tabak**  
50 Gramm-Packung, 20-40 Pfg.  
Ständige Bezugsquelle i. Niederösterreich.  
**C. Diestel & Co.,**  
Zachmayeren an der  
Hauptstraße 106, i. Trabehaus.  
Geschäfts durchgehend von 9 bis 7 Uhr.

**Musikinstrumente**  
zu billigen Preisen 9335  
**Musikhaus Jack,**  
Marktwiese 2  
**Gewerkschaftshaus**  
Angenehmer Aufenthalt.  
Guter Mittagstisch  
9333) von 12 bis 2 Uhr.

Dick. gest. Rindfleisch 7 50 Pf.  
Fr. Hackl. 70 Pf., Braten 60 Pf.  
Hammelfl. 50 Pf., Braten 60 Pf.  
Bachenschier 50, Schmalz 100 Pf.  
Schweinefleisch 7 Mk. 1.-  
Cornedbeef 90 Pfg.  
**C. Stöver, Wahmstr. 22.** 9336

**K OLOSSEUM**  
Morgen Sonnabend:  
**Groß. Ball.**  
Kasseneröffnung 8 1/2 Uhr.  
Joh. u. R. Mittag. 9338)

Vorteilhaftes Angebot für den  
**Weihnachts-Verkauf**  
in Lederwaren  
Nachstehend einige Beispiele:

<b>Damentaschen</b> echt Leder . . . . .	3.00, 4.00, 5.00
<b>Koffertaschen</b> echt Leder, 24 Zentimeter . . . . .	7.50
<b>Koffertaschen</b> echt Leder, 26 Zentimeter . . . . .	8.00
<b>Koffertaschen</b> echt Leder, 28 Zentimeter . . . . .	9.00
<b>Koffertaschen</b> echt Rindleder, mit Tresor und Spiegel . . . . .	14.00
<b>Koffertaschen</b> echt Rindleder, mit Tresor, Spiegel und Leder- futter . . . . .	16.00
<b>Koffertaschen</b> echt Leder, schwarz, mit Innenbügel . . . . .	13.00
<b>Koffertaschen</b> echt Leder, braun, mit Innenbügel . . . . .	14.00
<b>Koffertaschen</b> prima Rindlack . . . . .	15.00
<b>Besuchstasche</b> echt Leder . . . . .	4.00, 5.00
<b>Besuchstasche</b> echt Leder, braun . . . . .	7.00
<b>Besuchstasche</b> echt Leder, mit Innenbügel . . . . .	8.00
<b>Besuchstasche</b> großes Format, Krokodil . . . . .	12.00
<b>Geldscheinfaschen</b> echt Leder . . . . .	4.00, 5.00, 6.00
<b>Brieftaschen</b> echt Leder . . . . .	2.50
<b>Brieftaschen</b> mit Geldscheinfaschen . . . . .	5.00, 6.00
<b>Portemonnaies</b> echt Leder . . . . .	2.00, 3.00, 4.00

Ferner reichhaltige Auswahl in  
Kupen-, Anzug- und Einrichtungskoffern,  
Schreibmappen, Necessaires, Manicure usw. usw.  
**F. Fränkel**  
Breite Straße 35 9335 Holstenstraße 4.

**Jetzt kaufen Sie billig**  
1 Posten feilgraue Hosen 9.80, 8.85  
2 Posten, Bekleidungsstücke 8.80, 9.80  
3. Posten, Manchester, Pilot, gestr.  
Hosen, Bredschhosen 6.50, 8.45  
G.-W., eleg. Anzüge, schicke Mäntel,  
Bodenjoppen.  
1 Post. starke Arbeitsstiefel 12.50  
G.-W., Schaftstiefel, eleg. Damen-  
schuhe und Herrenstiefel, 1 Posten  
Kinderstiefel, alle Größen 18-22,  
23-24, 25-30, 31-36.  
1 Posten Damen-Wintermäntel,  
schick, 5.75, 8.50, 17.60 G.-W., Kinder-  
mäntel 4.-, 6.50 G.-W., Jumper,  
schicke Blusen, Röcke. (9338)

**Ehlers & Neetwisch**  
Eckstr. 1. St. Petri 2 u. 4.

**Stadthallen-**  
Lichtspiele  
Mühlenbrücke 18. Telefon 8749.  
Heute und folgende Tage:  
Das große Filmschauspiel  
**„Alt-Heidelberg“**  
mit **Gesangs-Einlagen** eines hiesigen  
Männerquartetts und verstärktem  
Orchester. — 6 Akte.  
In den Hauptrollen: **Eva May, Werner  
Kraus, Paul Hartmann.**  
**„Die Schneekur“**  
Entzückendes Lustspiel in 3 Akten.  
**Charlie Chaplin**  
als Kulissenschieber.  
Grotteske in 2 Akten. (9365)

**HANSA-THEATER**  
Ab Sonnabend, 15. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:  
**Sissy Niernz**  
**Paul H. Schükler**  
in der großen Operette der Spielzeit:  
**Katja, die Tänzerin**  
von Jean Gilbert.  
Spielleitung: Billy Raven.  
Musik: Kapellmeister Fritz Dahm.  
Hauptdarsteller: Sissy Niernz, Leni Götland,  
Paul H. Schükler, Reinhold Wolf, Henry Bahl,  
Dir. Hans Krism, Gerb. Charlier. (9345)

**Weißer Engel.**  
Sonntag, den 16. Dezember  
Verkegeln von Gänsen, Karpfen, Rauch-  
fleisch usw. G. Ketter. 9310)

**Stadthallen-Südb.**  
Sonnabend, 7.30 Uhr:  
Volksbühne  
**Amphitryon.**  
Sonntag, 11 Uhr:  
Einführender Vor-  
trag „Balküre“ von  
Kapellmeister Mann-  
staedt.  
8 Uhr: Weihnachts-  
märchen: Das ge-  
wandelte Leinwand.  
7.30 Uhr: Die Fieder-  
maus. (9309)  
Theater-Abonnement:  
Einlösung von 3-6 Uhr  
an der Theaterkasse.

**Santa-Theater.**  
Heute Freitag, 7 1/2 Uhr:  
Letzte Aufführung.  
**Madame Flirt.**  
Ab Sonnabend, 7 1/2 Uhr:  
Doppelaktspiel  
Niernz-Schükler.  
**Katja, die Tänzerin.**  
Operette in 3 Akten  
von Gilbert. (9344)  
Gas cbm 230 Milliarden, Lichtstrom 550, Kraft-  
strom 300, Wasser cbm 130/260, heizbare Räume  
mit Leituna 195, ohne Leituna 65 Milliarden. (9347)

## Freistaat Lübeck.

Freitag, 14. Dezember.

### Die unbeflegliche Waffe.

In einer Zeit, in der die Gewalt ihre vorübergehenden Erlumpfe feiert, vernehmen wir klarer als sonst den hellen Klang eines Wortes von Anatole France, dem weisen und hoffnungsvollen sozialistischen Dichter, der immer seine Stimme erhebt, wenn es gilt, gegen die Gewalt zu protestieren. Es steht im vierten Bande seiner „Romane aus unserer Zeit“. Professor Bergeret, der geistige Vertreter des Dichters selbst, spricht mit seiner Tochter über die zukünftige Gesellschaft. Die Tochter fragt:

„Wie aber kann man das Ende der Ungerechtigkeit herbeiführen, lieber Vater? Wie kann man die Welt ändern?“  
 „Durch das Wort, mein Kind. Nichts ist so mächtig wie das Wort. Die Verkettung der Vernunftgründe und der erhabenen Gedanken bildet ein unzerstörbares Band. Gleich der Schleuder des Knaben David, fällt das Wort die Feindgenossen und wirft die Starken zu Boden. Es ist die unbeflegliche Waffe. Ohne das Wort würde die Welt den Bewaffneten gehören. Wer hält sie in Schach? Einzig und allein der Gedanke, der un bewaffnete, auf sich selbst gestellte Gedanke.“

Das Wort, der in Schriftzügen festgehaltene Gedanke, glebt jeden Tag in die Welt, ringt gegen finstere Mächte, will Siege erkämpfen für den Wortschritt. Das Wort in der Presse, in der Zeitung des arbeitenden Volkes. Es ist unbesiegtbar, es muß bestehen wie das Sonnenlicht, auch wenn die arbeitenden Menschen selbst Niederlagen erleiden. In jeder Schlacht muß das aufklärende, befreiende Wort, dann ist keine Macht mehr, die uns bezwingen könnte.

**Militärrenten.** Die Zahlung der Militärrenten für die zweite Hälfte des Monats Dezember findet am Dienstag, dem 18. Dezember, von 8-12 und 4-6 Uhr beim Postamt Braunschweig 5 statt.

**Wieder Veröffentlichung der Gaspreise.** Nachdem die Verhandlungen mit den hiesigen Zeitungen in dankenswerter Weise dazu geführt haben, daß auch die nachmittags erscheinenden Blätter sich bereit erklärten, die jeweiligen Tagespreise noch zu veröffentlichen, falls sie bis 2 Uhr nachmittags ihnen aufgegeben werden, wird nunmehr täglich der Preis in den Tageszeitungen wieder erscheinen.

**Die Nidel- und Kupfermünzen der Vorkriegszeit** müssen leider entsprechend dem Vorgehen der Kleinhandelsgeschäfte infolge der Unmöglichkeit der Weitergabe auch von der Lübecker Straßenbahn bei Entrichtung des Fahrgeldes zurückgenommen werden. Es wird deshalb dringend gebeten, das Fahrgeld abzugeben bereit zu halten. Die Verwaltung beabsichtigt im Laufe der nächsten Woche das Wechseln durch Ausgabe von Quittungen über 5 und 10 Goldpfennige zu ermöglichen, zu deren Annahme alle Fahrgäste ohne abgezähltes Fahrgeld infolge der gegenwärtigen Verhältnisse verpflichtet werden müssen.

**Postdienst am 24. Dezember.** Für Montag, 24. Dezember, hat die Postverwaltung auf Grund der in den Vorjahren gewonnenen Erfahrungen einige nach der Verkehrslage angelegene Dienstbeschränkungen angeordnet. Die Postkästen werden im allgemeinen um 4 Uhr nachmittags geschlossen. Der Zustelldienst soll möglichst zu demselben Zeitpunkt zu Ende geführt sein. Die Briefkastenleerungen werden so geregelt, daß die letzte Leerung gegen 7 Uhr abends beendet ist. Im Telegrammannahme- und Fernsprechsprechdienst treten keine Beschränkungen ein. Es liegt im Interesse der Allgemeinheit, Postsendungen an diesem Tage möglichst frühzeitig einzuliefern.

### Kerzen und Krankenkassen.

Wenn jetzt ein Krankenkassenmitglied einen Arzt in Anspruch nimmt, so muß es seine Geldbörse ziehen und den Betrag für die Leistung sofort bei dem Herrn Doktor bezahlen, dann wandert es nach seiner Kasse, präsentiert nach längerem Warten seine Quittung und bekommt sein Geld wieder, wenn der Arzt ihm nicht unter dem „verschärften vertragslosen Zustand“ außer dem üblichen Gebührensatz noch einen „Entwertungszuschlag“ aufgebürdet hat. Wenn man das vor 4-6 Wochen gemacht hätte, als die deutsche Mark in den Abgrund saute, da hätte diese Form des Honorarerhebens Sinn gehabt; die Ärzte hätten ihr Geld prompt und nicht total entwertet bekommen. Aber jetzt, wo wir wertbeständige Zahlungsmittel haben, der arbeitenden Bevölkerung diese umständliche Benutzung der Krankenkasse zuzumuten, ist von den Ärzten weder praktisch noch human, sondern die Sache hat den Anschein der Schamane. Man will den Mitgliedern einen gewissen Widerwillen und eine Abneigung gegen die Krankenkassen beibringen, auch möglichst etwas gegen die Vorstände und die Verwaltung aufbeugen und den Anschein erwecken, als ob diese Schuld seien, an dem Streik der Ärzte mit den Kassen. Und dabei sind diese Instanzen garnicht in der Lage und haben garnicht die Macht, das Streitobjekt aus der Welt zu schaffen. Wie liegt denn die Sache: Unter dem Ermächtigungsgesetz, das dem Ministerium Stresemann genehmigt wurde, hat der Reichsarbeitsminister eine Verordnung erlassen, die sich wesentlich mit dem Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen beschäftigt. Die Ärzte fühlen sich dadurch in ihrer Standesherrlichkeit gekränkt und fordern die Zurücknahme dieser Verordnung. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, weigern sie sich, mit den Krankenkassen in Geschäftsverbindung zu treten, sie kommen nur noch Privatpatienten. Das ist in kurzen Worten der Streitpunkt. Selbst wenn ein Kassenvorstand erklärt, wir kümmern uns garnicht um die bewußte Verordnung, wir wollen das alte gute Verhältnis mit unseren Kassenzurückgebliebenen erhalten; es hilft ihm nichts. Die Organisation der Ärzte will, daß der Arbeitsminister vor ihr zu Kreuz kriechen soll. Das scheint dieser aber auch nicht zu wollen, also — die Kassennützlichen sind die Leidtragenden und da beide Teile auf ihren Kopf bestehen, kann die Geschichte noch von ziemlicher Dauer sein.

### Die unpünktliche Eisenbahn.

In Dingen des Verkehrs war Deutschland vor dem Kriege das allerpünktlichste Land. Das hat sich leider im Laufe der Jahre geändert. Um nun eine Handhabe zu gewinnen, wo der Hebel der Besserung angelegt werden könnte, hat das Reichsministerium kürzlich alle Ursachen von Zugverspätungen örtlich und

## Gabotage der Werftbesitzer.

Wie wir vor einiger Zeit berichteten, lehnten die Werftbesitzer anlässlich der Anhörung der Parteien in Sachen der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches für die Seeschiffswerften vom 22. November 1923 direkte Verhandlungen über Beseitigung der Lüden des Schiedspruches mit den Vertretern der Arbeitnehmer ab, angeblich, weil verschiedene Werften die Affordarbeiten verweigerten und weil an der Weisermündung verschiedene Klagen gegen die Werftbesitzer von Seiten der Werftarbeiter erhoben waren. Man erklärte sich bereit, am 11. Dezember in Verhandlungen einzutreten, wenn bis dahin die Gewerkschaften dafür gesorgt hätten, daß diese Hindernisse beseitigt würden. Die Vertreter der Gewerkschaften gaben eine dementsprechende Erklärung ab und forderten in einem Rundschreiben sämtliche Verwaltungsstellen der Werftwerke auf, im Sinne der abgegebenen Erklärung zu wirken. Die Vertreter der Arbeitnehmer glaubten nunmehr, daß der Weg für ordnungsgemäße Verhandlungen frei sei. Die Norddeutsche Gruppe stellte sich jedoch am Dienstag auf einen anderen Standpunkt. Sie erklärte, daß in Einsparungen die Affordverweigerung noch bestehe, außerdem habe man die beim Gewerbegericht in Bremerhaven angeklagten Klagen nicht zurückgezogen. Die betreffenden Klagen konnten nicht zurückgezogen werden, da bereits ein für die Arbeiterschaft offenes Urteil mit vorläufiger Vollstreckbarkeit gefällt war. Trotzdem von dem Vertreter Bremerhavens erklärt wurde, daß dieses Urteil nicht zur Auswirkung komme, sondern die ganze Sache zurückgestellt würde bis zur Erledigung der Streitfragen, waren die Werftbesitzer nicht bereit, in Verhandlungen einzutreten.

In einer eingehenden Auseinandersetzung mit der Norddeutschen Gruppe wurde von den Arbeitnehmervertretern betont, daß die angegebenen Gründe zur Verweigerung der Verhandlungen nicht stichhaltig seien, da sie von durchaus untergeordneter Natur sind. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß die Norddeutsche Gruppe die Verpflichtung gehabt hätte, den Vertretern der Gewerkschaften, die in Berlin die betreffende Erklärung abgaben, zu benachrichtigen, daß an einzelnen Stellen nicht im Sinne dieser Erklärung verfahren wurde.

Dadurch hat die Norddeutsche Gruppe den Organisationsvertretern die Möglichkeit genommen, vor Stattfinden der Verhandlungen diese Sachverhalte zu beseitigen. Im Laufe der Verhandlungen kam es zu folgender

### Erklärung der Norddeutschen Gruppe:

„Die von den Vertretern der Vertragspartei am 4. Dezember 1923 im Reichsarbeitsministerium vereinbarten Voraussetzungen zu der heutigen Verhandlung, nämlich,

1. die Sicherheit, daß die an der Weisermündung angeklagten Klagen von den Gewerkschaften oder ihren Vertretern nicht genaugenig gestützt werden;
2. die Einstellung der auf mehreren Werften geübten passiven Resistenz und grundsätzlichen Verweigerung der Affordarbeit

sind von den Arbeitnehmern nicht erfüllt worden. Die Werften müssen, bevor sie an weiteren Verhandlungen teilnehmen können, auf Erfüllung dieser Voraussetzungen bestehen, weil sonst eine Sicherheit für die lokale Durchführung gegenseitiger Annahmen nicht gegeben ist, und weil die Verweigerung der Affordarbeit einen Bruch untreulicher und grundsätzlicher Bestimmungen des Tarifvertrages darstellt und in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen für das Gewerbe nicht erträglich ist.“

Nach Stellungnahme der Arbeitnehmer zu dieser Erklärung übermittelte man der Norddeutschen Gruppe folgende

### Gegenerklärung der Gewerkschaften:

1. Die Vertreter der Gewerkschaften haben in den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 4. Dezember 1923 folgende Erklärung abgegeben:

- a) Die Fortführung der in Bremerhaven gegen eine Werft angeklagten Klagen werden zurückgestellt (Urteilsvollstreckung oder Weiterführung der Klage), bis die für den 11. Dezember vorgelegenen Verhandlungen der beiden Tarifverhandlungen ein Ende gefunden haben;
- b) Die Organisation wird die in Bremerhaven und Einsparungen in Frage kommenden Werftbesitzer anhalten, die Arbeit in der bisherigen Weise fortzusetzen und keine Affordarbeit grundsätzlich abzulehnen oder passive Resistenz zu üben.

2. Gegenüber der von den Vertretern der Werften heute abgegebenen Erklärungen haben die Vertreter der Gewerkschaften zu sagen:

Zu a): Es bleibt bei der von den Gewerkschaftsvertretern am 4. Dezember in Berlin abgegebenen Zustimmung. Das schriftliche Urteil mit dem vorläufigen Vollstreckungsvermerk ist den Klägern nach dem 4. Dezember zugestellt worden. Die Dr-

ganisationsvertreter übernehmen die Gewähr, daß eine Vollstreckung des Urteils oder bei einer Berufung der Beklagten die Fortführung der Klage entsprechend der am 4. Dezember abgegebenen Zustimmung zurückgestellt wird;

Zu b): Die Gewerkschaftsvertreter sehen nach wie vor zu der am 4. Dezember abgegebenen Erklärung. Sie bedauern, daß ihren zuständigen Organisationsleitungen bis heute keine Kenntnis gegeben wurde davon, daß die in der am 4. Dezember abgegebenen Erklärung gemachten Zusicherungen auf einer einzelnen Werft nach Mitteilung der Werkleitung nicht erfüllt wurden. Wäre dies mitgeteilt worden, so hätte die Gewerkschaftsleitung alles getan, um die Durchführung der am 4. Dezember abgegebenen Erklärung zu sichern und jeden formalen Einwand gegen die Fortführung sachlicher Verhandlungen zum 11. Dezember zu beseitigen.

Die Organisationsvertreter stehen auch jetzt zu ihren am 4. Dezember abgegebenen Erklärungen und sind gewillt, entsprechend den ihnen heute gemachten Mitteilungen, daß auf einzelnen Werften noch eine grundsätzliche Affordverweigerung bestehe oder passive Resistenz geübt werde, zur Erfüllung der am 4. Dezember abgegebenen Zusicherungen unverzüglich alles zu tun. Bezugnehmend darauf erlauben sie die Vertreter der Werften, nunmehr mit ihnen in sachliche Verhandlungen über die schwebenden Fragen einzutreten.

Aus dieser Gegenerklärung ist jedenfalls zu ersehen, daß von den Arbeitnehmern alles versucht wurde, um zu geordneten Verhandlungen zu kommen. Aber auch diese Erklärung genügte den Werftbesitzern nicht. Sie erklärten, sie müßten zunächst abwarten, ob sich diese Erklärung auch in der Tat umsetzen würde.

### Die Werftbesitzer hoben die Sitzung auf.

Nachmittags vor dem Schlichtungsausschuß wiederholte sich daselbe Schauspiel. Die Werftbesitzer hatten dieselbe Erklärung auch den Unparteiischen noch vor dem Zusammen treten des Schlichtungsausschusses zugestellt und den Standpunkt vertreten, daß sie als Norddeutsche Gruppe auf Grund dieser Vorformulierung nicht in der Lage seien, den Termin vor dem Schlichtungsausschuß wahrzunehmen und Beiziter zu stellen. Die Unparteiischen haben sich Stundenlang bemüht, die Werftbesitzer von ihrem Standpunkt abzubringen, es ist dies jedoch nicht gelungen, jorden die Werftbesitzer verließen mit ihren Reklamen den Verhandlungsraum, noch bevor in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten werden konnte.

Daraufhin wurde von den Unparteiischen die Verhandlung mit den Arbeitnehmern weitergeführt, um die angeführten Hindernisse zu beseitigen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war, daß die Unparteiischen einen Vorschlag unterbreiteten, nach dem den Gewerkschaften bis zum 18. Dezember Zeit gegeben wird, die vorhandenen Scheingründe tatsächlich zu beseitigen. Unter dieser Voraussetzung wurde ein neuer Termin zwischen den Parteien auf den 18. Dezember, morgens 10 Uhr, festgelegt. Für den Fall, daß bei diesen Verhandlungen zwischen den Parteien eine Verständigung nicht erfolgt, soll am Nachmittag desjenigen Tages ein vom Reichsarbeitsministerium eingehender Schlichtungsausschuß zur Beilegung der vorliegenden Streitigkeiten in Funktion treten. Zu dem Vorschlag der Unparteiischen wurde, da er in Abwesenheit der Werftbesitzer erfolgte, eine Erklärungsfrist von zwei Tagen gesetzt.

Aus diesen Schilderungen muß jeder Unbefangene klar erkennen, warum es den Werftbesitzern zu tun ist. Für sie gilt das Wort: Zeit gewonnen, alles gewonnen. Vor 14 Tagen waren es Formfehler des Reichsarbeitsministeriums, heute ist es die Affordverweigerung der Arbeiter. So wird fortgesetzt versucht, Gründe an den Haaren heranzuziehen, um die Verhandlungen weiter zu verschleppen. Sie halten eben den Zeitpunkt für gekommen, Verhandlungen mit den Vertretern der Werftarbeiter abzulehnen zu können. Die wirtschaftliche Krise, in der wir uns auf der ganzen Linie befinden, erscheint ihnen bei ihrem Vorgehen als geeigneter Bundesgenosse. Man scheint sich auch kein Gewissen daraus zu machen, daß durch diese Verschleppungsmanöver die Not und das Elend in den Werftarbeiterfamilien immer größeren Umfang annimmt, trotzdem das Fest der Liebe, Weihnachten, vor der Tür steht. Für diese Gewaltmenschen ist in ihrer Profitgier bei all ihrem Tun und Lassen ausschließlich ihr Geldsackinteresse maßgebend. Hoffen wir, daß nach dieser Zeit bald eine andere kommt und die Werftarbeiter dann nicht vergessen haben, in welcher brutaler Weise über ihnen die Hungerpeitsche geschwungen wurde.

Auf Grund der Tatsache, daß es in der Lohnbewegung der Werften zu keinem bestimmten Abschluß gekommen ist, kann die Werftarbeiterkonferenz, am 16. Dezember nicht stattfinden, da die Tagung der Werftarbeiterkonferenz nur dann einen Zweck hat, wenn etwas Positives vorliegt. Aus diesem Grunde wurde die Konferenz vertagt bis zur Erledigung des vorliegenden Streitfalles.

### Serabgehefter Brotpreis.

Das Preisangebot des Konsumvereins, 1 Pfund Margarine und 1 Brot für 1 Goldmark, hat eine ästhetische Wirkung auf den Brotpreis in allgemeinen ausgeübt. Nach langem Hin und Her haben sich die Bäckermeister entschlossen, den Brotpreis auf 40 Pfennig festzusetzen. Auch der Margarinepreis wird sich zugunsten der Verbraucher auswirken. Aus diesem Beispiel ergibt sich wieder einmal recht anschaulich, welche großen Nutzen die Verbraucherorganisation, der Konsumverein, für die Allgemeinheit zettigt.

### Reisen auf Abzahlung.

Am weiteren Kreisen Gelegenheit zu geben, für später auszuführende Reisen das Fahrgeld nach und nach anzufordern oder eine Sommerreise gewissermaßen auf Abschlag zu kaufen, führt die Reichsbahn am 17. Dezember 1923 wertbeizändige Wertzeichen über Beträge von 2 und 5 Goldmark ein. Diese werden an sämtlichen Fahrkarten- und Gepäckhaltern der Reichsbahn bei der Lösung von Fahrkarten aller Art an Zahlungsstatt angenommen, also z. B. auch zu Fernionderzügen, Jugendfahrten und sonstigen Fahrten, für die Fahrpreisermäßigung besteht, ebenso bei Lösung von Zeitkarten, Fahrzeugscheinen usw. und zwar auch im Verkehr mit Privatbahnen und mit dem Auslande. Die Wertzeichen werden in Form von Edmonsonischen Fahrkarten — die über 2 Goldmark lautenden in grüner, die über 5 Goldmark lautenden in gelber Farbe — mit nachstehendem Ausdruck aufgelegt: „Deutsche Reichsbahn. Gültig bis 31. 12. 24. Diese Karte wird mit 2 Goldmark an allen Kassen der Deutschen Reichsbahn beim Lösen von Fahrkarten und Abfertigung von Gepäck in Zahlung genommen. Kein gesetzliches Zahlungsmittel. Keine Einlösung in bar.“ Die Einrichtung von Geldwertkarten an Stelle von z. B. Kilometerrechnungen ist gewählt, um auch die Benutzung bei Fahrten mit Preisermäßigung und die Gepäckabfertigung ohne weiteres zu ermöglichen.

dem Ursprung nach notieren lassen. Die neueste der Öffentlichkeit übergebene Zusammenstellung stammt aus dem August. An dieser Zusammenstellung sind 20 Eisenbahndirektionen mit 107 Schnell-, Eil- und Schlafwagenzügen beteiligt. Insgesamt wurden die Ursachen von 609 Zugverspätungen ermittelt und auf zwölf Hauptgründe aufgeteilt. Zunächst fällt in der Liste auf, daß die Eisenbahndirektion Berlin überhaupt nicht notiert wurde. Das hat seinen guten Grund. Die Statistik nennt nur die an der Verspätung mitbeteiligten Reichsbahndirektionen. In Berlin fangen die Züge entweder an, oder sie endigen dort. Entweder ist also die Verspätung schon früher entstanden — dann trifft Berlin keine Schuld mehr, oder der Zug begann pünktlich im Berliner Direktionsbereich und kam noch pünktlich aus der noch kleinen Berliner Machtsphäre hinaus. Die größte Anzahl unpünktlicher Zugläufe hatte der Direktionsbezirk von Frankfurt am Main mit 18, die geringste Zahl Stuttgart und Königsberg. Die Gründe der Unpünktlichkeit sind sehr verschieden. 115 Züge kamen zu spät, weil sie auf die vorgeschriebene Rückmeldung warten mußten. 110 hatten Lokomotivschaden unterwegs, 92 Züge wurden wegen verschiedener Gründe verzögert, 72 mußten auf den Anschluß, meist von Nichtschnellzügen, warten, 68 konnten die vorgeschriebene Geschwindigkeit nicht durchhalten, entweder weil das Material des Unterbaues es nicht zuließ, oder weil die Maschine es nicht mehr hergab, 62 Züge wurden durch notwendig gewordenen Wagentausch aufgehalten, 67 wurden mit der Gepäckverladung der Reisenden in der vorgeschriebenen Reisezeit nicht fertig, 47 mußten vor einem gesperrten Signal warten, 26 konnten in den vorgeschriebenen Fristen nicht alle Reisenden wegen zu großen Andrangs unterbringen, 18 hatten unterwegs auf der Strecke Wagenbeschaden und schließlich 12 Züge blieben liegen, weil die Signal- und Blockanlagen gestört waren. Die überwiegende Mehrzahl der Verzögerungen hatte also ihre Ursache in mangelhaftem Material oder in direkten Materialschäden. Nicht in die Statistik aufgenommen wurden die Eisenbahndirektionen, die im besetzten Gebiet liegen und ebenso auch nicht die Züge, die dort beginnen oder endigen.

Heute abend

7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus: Versammlung der tätigen Genossen. Tagesordnung: Die Vorbereitung zum Volksfest.

Die nächste Versammlung der Bürgerschaft findet nicht wie angefangen am Montag, dem 17. Dezember, sondern erst am Donnerstag, dem 20. Dezember statt.

Rentenzahlung bei der Post. Die Unfallrenten für die zweite Hälfte des Monats Dezember werden am Sonntagabend, 16. Dezember, in der Braunstraße von 8-1 Uhr gezahlt.

Prozentige Lübeckische Schwedenkronen-Anleihe von 1923. Wie uns mitgeteilt wird, werden Zeichnungen auf diese Anleihe von jetzt ab bei den bereits früher bekanntgegebenen Zeichnungsstellen...

Dritte Teilzahlung auf die Rhein-Nahe-Abgabe. Die Handelskammer macht in Verfolg der vom Landesfinanzamt Westfalen-Lübeck erlassenen diesbezüglichen Bekanntmachung darauf aufmerksam...

Einführung der Rentenmark bei der Post. Nach der geänderten Postordnung sind seit dem 12. Dezember im inneren deutschen Verkehr neben Postaufträgen und Nachnahmeleistungen gegen Papiermark auch solche gegen Rentenmark zugelassen...

pb. Aus dem Polizeibericht. Am Mittwoch vormittag wurden Beamte der Kriminalpolizei in das Kontor einer Firma der Quarantäne-Anstalt gerufen...

weißer Viehhändler-Rittel und beim Waschen ein blutiges Handtuch gefunden. Es ist anzunehmen, daß das Kontor von Einbrechern heimgesucht worden ist...

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadtheater. Sonntag 11 Uhr einführender Vortrag zu Rich. Wagner's Walüre in Kapellmeister Mannsbaedts nachm. 3 Uhr Aufführung des Weihnachtsmärchens: „Das gewandelte Teufelchen“.

Sanja-Theater. Der Direktion ist es gelungen, Fräulein Lilly Niemi, die beliebte Sängerin der letzten Spielzeit, sich am Gärtnerplatztheater in München...

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Viehrentenunterverlegungen in einem Warenhaus. Vor einigen Tagen wurde auf dem Hauptbahnhof ein gewisser K. festgenommen, da er im Besitze einer Handtasche war...

ins Ausland geflüchtet. Der Betrüger hat durch seine Listungsweise eine ganze Reihe junger Mädchen unglücklich gemacht...

Sport.

Sportkarettfahrt am Montag, dem 17. 12. 23, abends 8 im Arbeiterparkheim, Hundstraße. Das Erscheinen aller Interessierten ist erwünscht...

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 13. Dezember. (Bericht des einse. Getreidehändler der Hamburger Börse.) Die Tendenz war heute nur schwach behauptet.

Kleinhandelsnotierungen des Hamburger Futurhandels. Hamburg, 13. Dezember. Hafer 10,50, Weizen 9,50, Roggen 7,10-7,30...

Futtermittel. Hamburg, 13. Dezember. Weizen 10,50, Hafer 10,00, Reisfuttermehl 24,00, Gerste 14,00...

Rinder und Schafe. Hamburg, 13. Dezember. Es wurden für 1 Bfd. Lebendgewicht: Ochsen und Kühe: 0,45-0,50 Mk., fleischige 0,50-0,55 Mk. ...

Milch und Butter. Hamburg, 13. Dezember. Der Milchpreis erhöht infolge Frachtaufschlag auf Freitag, 14. Dezember eine Senkung um 2 Btg. je Liter.

Amtlicher Teil

Am Sonntag, den 15. Dezember 1923, mittags 12 Uhr, wird der Kapitän Walter Giermann vom Segelschiff „Perrmann“ wegen seiner Reife von der Elbe nach London im Gerichtshause...

Die Sätze der Kehrlohnordnung der Schornsteinfeger sind vom 9. Dezember d. J. ab mit 3 500 000 zu vervielfältigen.

Cessual-Verdingung. Ausführig v. Zimmerarbeiten f. d. Neubau v. Siedlungshäusern am Seeweg und von Kleinwohnungen a. d. Sanktstraße Ang. b. 21. Dez. mitt. 12 Uhr, einzur.

Nichtamtlicher Teil

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Lübeck. Nach langen Leiden verstarb unsere treuen Mitglieder...

Christian Jabs, Hermann Neblsen. Wir werden Ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung von Neblsen findet Sonntag, den 15. 12., nachm. 2 1/2 Uhr, die Beerdigung v. Jabs Montag, 17. 12., nachm. 3 1/2 Uhr auf d. Born. Friedh. statt.

Nach langem schwerem Leiden entschlief am Dienstag mein lieber Mann, unser guter Vater, der Ritter...

Chr. Jabs im 51. Lebensjahre. Tief betrauert von mir, meinen Kindern und allen, die ihm nahe standen.

Zu verk. ein hl. Lederstiefel. Glodnagelbrett 9. Gr. Holzschneidmesser, gr. Ruppenwagen 3. vertauschen od. 3. vert.

Männer- u. Jünglings-Hosen. 6.-Gmk. Versch. Muster. (9323) Peterson, Bahmstr. 60.

Stabil-Vanfassen zu verk. od. geg. Schlittsch. Gr. 26/27 zu vertausch. (9341) Friedenstr. 61 v.

Wachhaube u. Brennherze zu verkaufen. (9315) Heinrichstr. 17 a.

Al. Bupp-Sportkarre u. H. Buppentische 3. vfr. (9322) Georgstr. 19 a.

Puppenwagen, Puppe, Puppenstube m. Einrichtung und Schaukasten, zu verk. (9352) Elzbiestr. 13.

Güter Fuhr- u. Fuhrer u. neues Reihbrett 3. vfr. (9348) Dorndreite, Am Landaraben 7.

Gänge gegen Winterjoppe u. Nachschmantel zu tauschen od. zu verk. (9321) Siegelstr. 45 f.

Starkes Herrenrad zu verk. od. gegen Auszubeh. Tisch zu tauschen. (9361) Siegelstr. 20. I.

Hrau Brews, Geb. amme wohnt jetzt (9318) Moristr. 4 a. Fedenburg.

FELLE Rind-Kalb-Schaf-Ziegen-Rehe-Hasen-Kanin-Katzen-fur alle anderen Felle u.

HAARE kaufen höchstzahlend Gebr. Wagner Dambornstr. 26, halbkreisstr. 8. (9313) Fernsprecher 3414.

Jamaika-Rum (Versch.) Fl. 3,50 3,90 4,20 Gldm. Weinbrand (Versch.) Flasche 3,20 Gldm.

Reiner Weinbrand Flasche 4,75 Gldm. Rausch-Apparat Flasche 3,25 Gldm.

Gr. Auswahl in Likören zu billigsten Preisen. Eduard Speck, Dögstr. 80/84.

Achtung!

Suche Schlachtpferde, zahle höchste Tagespreise. Empfehlung: (9340) Ta. Weistaf 7 40, Bratenstücke 2 40, Saß 2 30, Kamlot 2 25, Suppenfleisch 2 30

Franz Olschewski, Depenan 28.

Zum Backen Anrit. Weizenmehl 20 Goldpf. bei 5 19 Goldpf.

Sirup, kandel 20 Goldpf.

Margarine 0,55 Mk. (9360)

Weißes Schmalz 2 95 Goldpf.

Neue Pfannen 2 33 Goldpf.

Eduard Speck Dögstr. 80/84.

Für jedes Fest Bier-Sophon Versand Fern. 1071

Carl Lender, Hundestr. 52. (9312)

Best. Weihnachtsgeschenk! Schranklose Mächte.

Roman von (9334) Hugo Salomon, Travelemannstr. 25. II. Preis 1,50 Mk.

Großer Räumungs-Ausverkauf

von heute ab zu den billigsten Preisen im Seifenhaus Fischergrube 43.

Sehen Sie! (9326) Staunen Sie! 1 Wagon

Margarine weit unter Fabrikpreis 9327

pro Bfd. 55

Ia. Schweinefleisch 1.00, Kofostoff 0.75, Bratenfett 0.85, Prima Kunsthonig 0.55

Lübecker Margarine-Zentrale.

Für den Weihnachtsbedarf empfehle: sämtl. Spirituosen, ff. Weine, Rückforth-Liköre,

Weihnachtsgebäck in größter Auswahl, ferner Nüsse, Feigen, Apfelsinen, Äpfel, Zitronen, Mandeln, ff. Marzipan u. Schokolade zu billigsten Preisen.

Sonder-Angebot! Prima Kuchensirup 40 Pf., Weizenmehl 18 Pf., Zucker 48 Pf., Tilsiter Käse 75, 80 u. 130 Pf., Meiereibutter 240 Pf., Schmalz 100 Pf.

Joh. Schwabroh Nachf. Paul Stapelfeldt. 9354

Moisl. Allee 33-33 a. Fernruf 1222.

Prima ger. Schweinebarden pro 80, dief. ger. Ochsenherzen pro 40, la. wß. Schmalz 98, la. wß. v. 2 98, la. ger. v. 118, la. ger. v. 2 118, la. ger. v. 2 118, la. ger. v. 2 118

la. wß. Schmalz 98, la. ger. v. 118, la. ger. v. 2 118, la. ger. v. 2 118

la. ger. v. 2 118, la. ger. v. 2 118, la. ger. v. 2 118

la. ger. v. 2 118, la. ger. v. 2 118, la. ger. v. 2 118

la. ger. v. 2 118, la. ger. v. 2 118, la. ger. v. 2 118

la. ger. v. 2 118, la. ger. v. 2 118, la. ger. v. 2 118

Notgemeinschaft für Bestattungen zu Lübeck e. V.

Die Geschäftsleitung steht nun vor dem ersten Jahresabschluss. Den Mitgliedern konnte trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse in allen Sterbefällen nach den Vorschriften vom Vorstand und Kontrollausschuss die vorgesehene Unterstützung gewährt werden.

Die Mitglieder der Beiträge künden lassen wollen die Mitglieder der Beiträge künden lassen wollen die Mitglieder der Beiträge künden lassen wollen

Extra billige Weihnachtsangebote

Stoppbetten 150/200 Gr. II. 26, Stoppbetten 150/200 Gr. I. 33, Kinderwagen-Decken 6, Hand genäht! Eigene Anfertigung!

Bunte Kissen billig 1.30, Staats 80 cm 0.74, Hemdentuch 80 cm 0.78, Bettbezug 140/200 6.90

Sonder-Angebot! Weiche Herren-Tragen Ia. Nips I 30, II 32, III 35

Prima Wollgarn ... Lage 76

Hermann Libnau Schwartzauer Allee 53/55. Fernsprecher 8613. 9339

Eiegniker blauer Mohr eingetroffen. 9887

Bfd. 85 Btg. Fritz Kruse, Sünderboden 32